

rundschreiben  
03/23



medico international

# Rhetorik oder Re- volution?

75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte  
Lager & Gefängnisse: Politik des Einsperrens  
Türkei: Nach dem Beben | Niger: Noch ein Putsch

# Auf einen Blick

medico-rundschreiben 03-23



**Titel:** Das „Logo für Menschenrechte“ wurde 2010 zur Unterstützung der globalen Menschenrechtsbewegung entwickelt. Der Entwurf von Predrag Stakić aus Serbien verbindet die Silhouette einer offenen Hand mit der eines Vogels. Auf unserem Cover ist es, leicht verändert, „on fire“ gesetzt.

## 4 Editorial



- 6 The rest and the west**  
Leitartikel zur Aktualität der Menschenrechte

**FREIHEIT, GLEICHHEIT,  
UNVERBINDLICHKEIT**

- 12 Das Recht, Rechte zu haben**  
Syrische Perspektiven auf die Universalität der Menschenrechte
- 16 In aller Ungewissheit revolutionär**  
Interview mit dem scheidenden medico-Menschenrechtsreferenten
- 20 Testfall Haiti**  
Die UNO, US-Hegemonie und Menschenrechtsrevolution
- 24 Im Namen des Klimas**  
Die Klimakrise wird auch vor Gericht verhandelt

## Impressum

**Herausgeber:**  
medico international  
Lindleystr. 15  
60314 Frankfurt am Main  
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002  
E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

**Redaktion:**  
Mario Neumann (verantwort.),  
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,  
Ramona Lenz, Christian Sälzer,  
Anita Starosta  
**Gestaltung:**  
Andrea Ruhland und Christian Sälzer  
Korrektorat: Silke Weidner  
**Fotos der Autor:innen:**  
Privat, medico, Christoph Boeckheler

**Hinweis:** Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

- 28 **Projekte/Projektionen**  
Philippinen, Mexiko, Libanon
- 30 **Weiter provisorisch**  
Türkei: Sechs Monate nach dem Erdbeben
- 34 **Ein Nachruf**  
Unser Freund und Kollege  
Dieter Müller ist gestorben



### **DAS INTERVIEW**

- 54 **Zeitenwende im Sahel**  
Olaf Bernau über den Putsch im Niger und die Abkehr vom Westen
- 58 **medico aktiv**  
Utopischer Raum, Türkei-Gutachten, Konferenz zu Globaler Gesundheit
- 60 **Spenden & Stiften**
- 62 **Bestellen & Verbreiten**

### **WELT DER GEFÄNGNISSE**

- 38 **Gefängnisse als Schlüssel**  
Konferenz „Understanding Prison“ mit dem MENA Prison Forum
- 42 **Abolitionismus oder Accountability?**  
Debatte um Gefängnisse
- 44 **Knast statt Asyl**  
Interview zur Inhaftierung von Geflüchteten in Griechenland
- 48 **Spuren der Sklaverei**  
Gefängnis und Strafrecht in Brasilien
- 52 **Nordöstlich von Moskau**  
Ein Brief aus dem Gefängnis von Boris Kagarlitzki

Anstatt das Kind mit dem Bade aus-  
zuschütten, geht es erneut darum,  
die Bedeutung der Menschenrechte  
von unten zu erobern

Liebe Leser:innen,

die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte feiert ihren 75. Geburtstag und eine Frankfurter NGO veröffentlicht zu diesem Anlass ein Heft. Das klingt wie eine Einladung zu einem Kaffeekränzchen. Geht es noch langweiliger? Schon Hannah Arendt warnte vor ähnlichen Konstellationen, als sie sagte: „Die Menschenrechte haben immer das Unglück gehabt, von politisch bedeutungslosen Individuen oder Vereinen repräsentiert zu werden, deren sentimental humanitäre Sprache sich oft nur um ein geringes von den Broschüren der Tierschutzvereine unterschied.“

Keine leichte Aufgabe also. Wir haben es trotzdem versucht. Für medico und damit auch das rundschreiben ist der Jahrestag jenseits aller Sentimentalität ein Anlass zur Beschäftigung mit einer Grundlage unserer Arbeit. Nicht nur wir, sondern auch unsere Partnerorganisationen berufen sich auf die Idee der Menschenrechte, wenn damit das Recht aller auf ein freies und durchaus auch glückliches Leben gemeint ist, an jedem Ort und zu jeder Zeit, weltweit. Doch natürlich hatte Hannah Arendt recht: Soll dieser Kompass etwas taugen, dann muss er mehr meinen als die leicht durchschaubare Mechanik des naiven und permanenten Einklagens einer völkerrechtlich unverbindlichen Absichtserklärung.

Die 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 sind für uns in diesem Sinne mehr als oberflächliche Rhetorik. In ihnen spiegelt sich vielmehr ein Stück Geschichte, genauer: Revolutionsgeschichte wider. Daran erinnert medicos scheidender Menschenrechtsreferent Thomas Rudhof-Seibert im Interview. Trotz ihrer

Allgemeinheit fixiert die Erklärung die Errungenschaften von Kämpfen und Revolutionen, so sein Argument. Das gibt allerdings keinen Anlass zur Hoffnung darauf, dass unsere Regierungen sich ihnen verpflichtet fühlen, wenn sie von Menschenrechten sprechen. Rhetorik statt Revolution: Über die inhaltliche Entkernung der Menschenrechte und ihre Instrumentalisierung für westliche, imperiale Politiken schreibt *medicos* Geschäftsführer Tsafir Cohen im Leitartikel. In einer Zeit, in der sich die westliche Hegemonie im Niedergang befindet, werden die Menschenrechte vielerorts als ihm zugehöriges rhetorisches Gerümpel mitentsorgt, da sie in der Vergangenheit jede Glaubwürdigkeit verspielt haben. Aktuelles Beispiel hierfür ist der Putsch in Niger – nicht der erste und nicht der letzte in der Region – über dessen Komplexität Olaf Bernau im Interview spricht.



**Mario Neumann ist verantwortlicher Redakteur des *medico*-rundsprechens.**

Anstatt das Kind mit dem Bade auszuschütten, geht es heute erneut darum, die Bedeutung der Menschenrechte von unten zu erobern und zu dekolonisieren. Nur so können aus unverbindlichen Werten unveräußerliche, universelle Rechte werden. Dass dies auch in Klimafragen gilt, warum das Völkerrecht ein juristischer Schauplatz von Klimakämpfen sein kann und zunehmend sein wird, darüber schreiben *medico*-Kollegin Karin Zennig und Miriam Saage-Maaß vom ECCHR.

Im zweiten Schwerpunkt dieses Heftes geht es um die weltweit wachsende Bedeutung von Gefängnissen, insbesondere im Nahen Osten und in Nordafrika. In der MENA-Region stellen sie eine der brutalsten Antworten auf die Revolutionen von 2011 dar. Doch auch in Lateinamerika und Europa ist die Entrechtung durch Lager und Gefängnisse Alltag. Die Beschäftigung mit dieser Kehrseite der Menschenrechte ist Anlass für eine Veranstaltung, zu der Sie herzlich eingeladen sind. Vom 30. November bis zum 2. Dezember organisiert *medico* gemeinsam mit dem MENA Prison Forum und dem Theater HAU in Berlin die Konferenz „Understanding Prison“. Mehr dazu ab Seite 38.

Ich weiß nicht, ob Hannah Arendt jetzt weitergelesen hätte. Ich würde mich freuen, wenn Sie es tun.

Ihr Mario Neumann

# The rest and the west



# Über die Menschenrechte in Zeiten schwindender westlicher Hegemonie und die Notwendigkeit ihrer Dekolonisierung

Von Tsafirir Cohen

Ein Blick auf die sogenannten Ränder unserer Welt lohnt sich. Denn dort wird augenscheinlich, wie die US-geführte westliche Hegemonie, die spätestens mit dem Fall der Berliner Mauer ihren globalen Siegeszug feierte, bröckelt: Im Sahel gesellt sich Niger zu Mali und Burkina Faso und setzt der verhassten französischen Präsenz im Land ein Ende. Gleichzeitig findet an der Naht zwischen der EU und Russland ein Abnutzungskrieg statt, dessen Ende nicht abzusehen ist. Während viele Länder im Globalen Süden den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mitnichten gutheißen, halten sie sich mit der Unterstützung der Ukraine zurück, auch weil sie sich nicht ohne Weiteres in den Westen eingemeinden wollen und den Konflikt als eine Stellvertreterrebellion gegen die US- und die westliche Hegemonie betrachten. Die Bedeutung des Westens für die Weltwirtschaft schwindet. Damit einher geht ein Rückgang des politischen Einflusses und eine teilweise offene Rebellion.

Die „Zweidrittel der Welt“ rütteln also an der für den Westen bislang vorteilhaften globalen Ordnung. Auch wenn die US-geführte westliche Hegemonie mit ihrem globalen Machtmonopol durchaus ein Fortschrittsversprechen beinhaltete, mangelte es dem Projekt chronisch an Glaubwürdigkeit. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte lauteten die Versprechen, aber es gab zugleich für den größten Teil der Welt kein wirkliches Angebot, diese auch zu verwirkli-

chen. Im Gegenteil: Die Versprechen wurden missbraucht, um die eigene imperiale Lebensweise zu verteidigen und durchzusetzen.

Doch auch die neue aufscheinende Ära ist ambivalent. Die „Befreiung“ von der ehemaligen Kolonialmacht in Niger wird nicht von einer sich ermächtigenden Gesellschaft, sondern einer Militärjunta vollzogen. Die berechtigten Bestrebungen, den US-Dollar und damit die finanzielle Übermacht Washingtons zu brechen, soll jetzt eine um die autokratischen Staaten Saudi-Arabien, Iran und Ägypten erweiterte BRICS-Gruppe verstärken. Unter diesen Staaten bringt sich vor allem China in Stellung, das Hunderte Millionen Menschen aus der Armut befreite und sich zu einem Wirtschaftsgiganten gemausert hat, der mit einem autoritären Fortschrittsversprechen einen globalen Gegenpol zu den USA etabliert. Die Konkurrenz zwischen beiden Großmächten erzeugt aber keine neue Ordnung, sondern eine neue Unübersichtlichkeit, bei der eine Reihe von Regionalmächten wie die Türkei oder Saudi-Arabien danach trachten, je nach Interessenlage horizontale Netze aufzubauen.

## Menschenrechte kritisieren

In dieser Gemengelage werden die Menschenrechte immer offener als westliches Werkzeug abgelehnt, das zur Sicherung eigener Herrschaft und zur Tarnung von Interessenpolitik

dient. Dass dieser Verdacht nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt ein Blick auf die Geschichte des Menschenrechtsdiskurses seit der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor 75 Jahren. In den unmittelbaren Jahrzehnten nach deren Verkündung waren es gerade die eben noch kolonisierten Staaten, die die Erweiterung und Verrechtlichung der Menschenrechte vorantrieben und die im Schatten des Kalten Kriegs die Diskussion um die Menschenrechte prägen konnten. Sie setzten sich vor allen Dingen für kollektive Rechte ein, wie sie etwa im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zum Ausdruck kommen, darunter das Recht auf Entwicklung oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie erhofften sich damit eine gerechtere Gestaltung der Welt, in der die postkoloniale Selbstbestimmung überhaupt erst möglich schien.

Mit dem Scheitern der postkolonialen und sozialistischen Projekte und dem Verblässen europäischer Wohlfahrtsstaaten im Nebel einer neoliberalen Politik gewinnt ab den späten 1970ern im angelsächsischen Raum und spätestens ab 1989 im gesamten Westen eine neue Lesart der Menschenrechte an Bedeutung: Soziale und wirtschaftliche Rechte werden völlig ausgeblendet, die Menschenrechte werden auf individuelle Rechte und Bürgerrechte reduziert. „Die individuellen Menschenrechte gewinnen also an Resonanz in einer Welt“, so der Historiker Stefan-Ludwig Hoffmann, „die von einer Krise der Institutionen der Solidarität gekennzeichnet ist und von einem neuen Typus des Finanzkapitalismus, der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet.“ Die Menschenrechte werden zum Rüstzeug der freien Marktwirtschaft und einer ungezügelter Globalisierung.

Doch westliche Politik hat nicht nur dazu beigetragen, dass die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte aus dem Diskurs verdrängt

wurden. Auch die individuellen Menschenrechte haben an Glaubwürdigkeit verloren. Das zynische Vorschieben der Frauenrechte durch die Bush-Administration, um die eigene Politik in Afghanistan weißzuwaschen, stellt nur die groteske Zuspitzung einer gängigen Praxis dar. Hinzu kommen Doppelstandards: Das Recht im Menschenrecht suggeriert, dass niemand über dem Gesetz stehen darf. Doch ein flüchtiger Blick in die Zeitung reicht, um zu wissen, dass das, was Verbündete des Westens wie Saudi-Arabien, die Türkei oder Israel dürfen, lange nicht für die Rivalen Iran oder Russland gilt.

### Menschenrechte ausweiten

Doch bei aller gegenwärtigen Aushöhlung sind die Menschenrechte unbedingt zu verteidigen, weil wir diese „nicht nicht-wollen können“, so die indische Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak. Schließlich sind sie der Rahmen, der uns befähigt, die Freiheit und Gleichheit aller, an jedem Ort und zu jeder Zeit, zu fordern. Angesichts der berechtigten Kritik müssen wir aber den hiesigen westlichen Menschenrechtsdiskurs und die damit einhergehende Praxis durchleuchten, die Widersprüche in den Postulaten offenlegen, die sich als universell behaupten, und doch auf eurozentrischen und noch immer vom Kolonialismus geprägten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen und Denkmustern beruhen.

Darauf aufbauend muss unser Verständnis der Menschenrechte neu justiert werden. Menschen- und Bürger:innenrechte können nicht „von oben“ gewährt oder herbeigebombt werden, sondern sind immer das Resultat eines offenen Prozesses der Selbstermächtigung, der die Rechte der Menschen und Bürger:innen fortlaufend neu deutet, erweitert und verwirklicht. Es ist also ein demokratischer, und folglich ein durch und durch politischer Prozess.



Dieser Prozess darf nicht von den Mächtigen gesteuert werden. Im Gegenteil: Wie bei jedem demokratischen Prozess müssen die Menschen, um die es geht, mit am Tisch sitzen. Deshalb müssen die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, das Recht auf Entwicklung oder auf Gesundheit, die von den Ländern des Globalen Südens vorangetrieben wurden, wieder zentrale Bezugspunkte der Menschenrechte werden. Geschieht dies nicht, so fehlt allen Menschenrechten das materielle Fundament, sie fallen schlicht ins Leere und erscheinen als Rechte der Privilegierten.

Erst die Einheit der wirtschaftlichen und sozialen Gleichheits- und der individuellen Freiheitsrechte ermöglicht es also, die Menschenrechte aus den verschiedenen Teilen der Welt als einen solidarischen und emanzipatorischen Bezugsrahmen wahrzunehmen. Sie erschwert eine Kooptierung der Menschenrechte durch eine „wertebasierte“ Außenpolitik, die nur eine diskursiv getarnte Machtpolitik ist. Diese Einheit kann gleichzeitig als Kompass dienen für allzu eifrige Revolutionär:innen, denen die historische Tatsache entgangen sein mag, dass große Fortschrittsprojekte wie der Kommunismus oder die Dekolonisierung regelmäßig zu autoritären Projekten mutiert sind. Zugleich kann damit gängigen Argumenten entgegengewirkt werden, die antikoloniale Diskurse missbrauchen, um die Menschenrechte als westlichen Import zu denunzieren, um der eigenen Bevölkung Menschenrechte vorzuenthalten.

## Menschenrechte einlösen

Von Johannesburg aus schreibend, vernehme ich den Stolz der Südafrikaner:innen auf ihre weltweit fortschrittlichste, nach Ende der Apartheid beschlossene und eine Fülle von Menschenrechten verbiefende Verfassung; höre aber gleichzeitig die bodenlose Enttäuschung

über eine Lebensrealität zunehmender Staatsgewalt, unbegreiflicher Ungleichheit, sich ausbreitender Armut und Hoffnungslosigkeit. Zwischen dem Versprechen der Verfassung und der Lebensrealität der Menschen klafft eine enorme Lücke. Ähnliches gilt für die Menschenrechte insgesamt. Die Frage nach ihrem Sinn muss also beantwortet werden und dabei kommt es auf den Grad ihrer Verwirklichung an. Den zahlreichen Menschen, die an der Realität verzweifeln und sich von den Menschenrechten verabschieden, entgegen unsere Partner:innen aus der südafrikanischen Menschenrechtscommunity, das juristische Rüstzeug der Menschenrechte sei die letzte Bastion der Marginalisierten gegen die Mächtigen, gegenüber Staat und Wirtschaft. Die Lösung sei nicht die Abwendung von den Menschenrechten; man müsse vielmehr realisieren, dass Menschenrechtsorganisationen und -anwältinnen, also die gesamte auf Menschenrechte spezialisierte Zunft, nur so viel Spielraum hat, wie es der gesellschaftliche Rückhalt hergibt.

Rechte werden nie verschenkt, sondern stets durch einen Prozess der Aushandlung, der Organisation und Mobilisierung von Aktivist:innen und breiten Bevölkerungsschichten erkämpft. Es geht also um Solidarität und Widerstand. Diese zwei fundamentalen Begriffe sind aus unserem Diskurs über Menschenrechte verschwunden. Sie gehören wieder dorthin.



Tsafirir Cohen ist Geschäftsführer von medico international. Diesen Leitartikel hat er auf einer Dienstreise in Südafrika fertiggestellt, während dort das möglicherweise historische BRICS-Treffen stattfand.



# Leichheit, chkeit



## THE UNIVERSAL DECLARATION OF Human Rights

Recognition of the inherent dignity and of the equal and inalienable rights of all members of the human family is the foundation of justice and peace in the world.

Disregard and contempt for human rights have resulted in barbarous acts which have outraged the conscience of mankind, and the advent of a world in which human beings shall enjoy freedom of speech and belief and freedom from fear and want has been proclaimed to the highest aspiration of the common people.

It is essential if man is not to be compelled to have recourse, as a last resort, to rebellion against tyranny and oppression, that human rights should be protected by the rule of law.

It is essential to promote the development of friendly relations among nations.

The United Nations have in the Charter reaffirmed fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person and in the equal rights of men and women and have determined to promote social progress and better standards of life in larger freedom.

Member States have pledged themselves to achieve, in co-operation with the United Nations, the promotion of universal respect for and observance of human rights and fundamental freedoms.

It is common understanding of these rights and freedoms is of the greatest importance for the full realization of this pledge.

THE GENERAL ASSEMBLY

Recognizing this Universal Declaration of Human Rights as a common standard of achievement for all peoples and all nations, to the end that every individual and every organ of society, keeping this Declaration constantly in mind, shall strive by teaching and education to promote respect for these rights and freedoms and by progressive measures, national and international, to secure their universal and effective recognition and observance, both among the peoples of Member States themselves and among the peoples of territories under their jurisdiction.

Article 1: 1. Everyone has the right to self-determination, in which to free themselves from political bondage and to join with others in self-determining their political status.

Article 2: 1. Everyone has the right to a nationality.

Article 3: 1. Everyone has the right to life, liberty and security of person.

Article 4: 1. No one shall be held in slavery or servitude; slavery and the slave trade, including the trade in women, are prohibited in all their forms.

Article 5: 1. No one shall be subjected to torture or to cruel, inhuman or degrading treatment or punishment.

Article 6: 1. Everyone has the right to recognition as a person before the law.

Article 7: 1. All are equal before the law and are entitled without any discrimination to equal protection of the law. All are entitled to equal treatment before the law.

Article 8: 1. Everyone has the right to an effective remedy by the competent national authorities for the violations of his fundamental rights and freedoms recognized by the Constitution of his country.

Article 9: 1. No one shall be subjected to arbitrary arrest, detention or exile.

Article 10: 1. Everyone has the right to a fair and public hearing by an independent and impartial tribunal in the determination of his rights and obligations.

Article 11: 1. Everyone has the right to a fair trial.

Article 12: 1. No one shall be subjected to arbitrary interference with his privacy, family, home or correspondence, nor to attacks upon his honour and reputation. Everyone has the right to the protection of the law against such interference or attacks.

Article 13: 1. Everyone has the right to free movement and residence within the borders of each state.

Article 14: 1. Everyone has the right to seek and to enjoy in other countries asylum from persecution.

Article 15: 1. Everyone has the right to a nationality.

Article 16: 1. Men and women of full age, without any improper restriction, shall equally have the right to marry and to found a family. They are entitled to equal rights as regards marriage, during marriage and at its dissolution.

Article 17: 1. Everyone has the right to own property alone as well as in association with others.

Article 18: 1. Everyone has the right to freedom of thought, conscience and religion; this right includes freedom to change his religion or belief.

Article 19: 1. Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to receive and impart information and ideas without interference by authorities, national or international.

Article 20: 1. Everyone has the right to peaceful assembly and association with others.

Article 21: 1. Everyone has the right to take part in the government of his country, directly or through freely chosen representatives.

Article 22: 1. Everyone has the right to social security.

Article 23: 1. Everyone has the right to work, to free choice of employment, to just and favourable conditions of work and to protection against unemployment.

Article 24: 1. Everyone has the right to rest and leisure, including reasonable limitation of working hours and periodic holidays with pay.

Article 25: 1. Everyone has the right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and of his family, including food, clothing, housing, medical care and social services, and to the realization of his economic, social and cultural rights.

Article 26: 1. Education shall be free, at least in the elementary and technical schools. Technical and vocational education shall be made generally available and higher education shall be accessible to all on the basis of merit.

Article 27: 1. Everyone has the right to the recognition and the protection of the moral and material interests that are attached to his scientific, literary or artistic productions.

Article 28: 1. Everyone has the right to a social order which makes possible the realization of the rights and freedoms set forth in this Declaration.

Article 29: 1. Everyone has duties to the community in which alone the free and full development of his personality is possible.

Article 30: 1. Nothing in this Declaration may be interpreted as authorizing any state, group or individual to engage in any activity aimed at the destruction of any of the rights and freedoms set forth herein, or at their limitation by any means whatsoever.

Eleanor Roosevelt war Mitglied der ersten US-amerikanischen Delegation bei den Vereinten Nationen. Hier hält sie die am 10. Dezember 1948 veröffentlichte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in der Hand.

Das „Recht, Rechte zu haben“ war für Hannah Arendt das fundamentalste aller Menschenrechte. Syrer:innen bleibt es vorenthalten, hier wie dort

### Von Yassin al-Haj Saleh

Im Dezember 1995 hatte ich genau fünfzehn Jahre im Gefängnis gesessen. Zu dieser Strafe hatte mich das Oberste Staatssicherheitsgericht in Damaskus verurteilt – allerdings erst nach elfeinhalb Jahren Haft! Nach Ablauf der fünfzehn Jahre wurde ich aber nicht etwa freigelassen, sondern vor ein Sicherheitstribunal gebracht, das aus drei Geheimdienstoffizieren bestand. Zufällig war das am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte. Die Militärs begannen mit mir um meine Entlassung zu feilschen. Die Bedingung dafür lautete, dass ich mit dem Regime „kooperieren“ solle. Ich erwiderte, ein Ausnahmegericht habe mich zu fünfzehn Jahren verurteilt, diese seien nun vorbei und der Gerechtigkeit sei somit Genüge getan. Schließlich hätte auch ich Rechte. Einer der drei Tribunalvertreter, ein General im politischen Sicherheitsapparat, der später zum Staatsminister befördert wurde, erwiderte: „Bei uns haben Sie überhaupt keine Rechte.“ Ich musste ein weiteres Jahr in Haft; die meiste Zeit davon verbrachte ich im Schreckensgefängnis von Palmyra.

Der Satz „Bei uns haben Sie keine Rechte“ taugt als Kurzdefinition der mittlerweile 53 Jahre dauernden Assad-Herrschaft in Syrien. Niemand hat ein Recht auf irgendetwas, es sei denn, die herrschende Clique gewährt es gnädig. Vor allem hat niemand ein Recht da-

rauf, definierte und garantierte Rechte zu haben. Das „Recht, Rechte zu haben“ geht zurück auf Hannah Arendt und ihr Werk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, wo es heißt: „Daß es so etwas gibt wie ein Recht, Rechte zu haben – und dies ist gleichbedeutend damit, in einem Beziehungssystem zu leben, in dem man aufgrund von Handlungen und Meinungen beurteilt wird –, wissen wir erst, seitdem Millionen von Menschen aufgetaucht sind, die dieses Recht verloren haben und zufolge der neuen globalen Organisation der Welt nicht imstande sind, es wiederzugewinnen.“

### Mehr als individuelle Rechte

Arendt schrieb dies unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als Millionen von Menschen in Europa zu Flüchtlingen geworden waren, die kein Zuhause, keinen Staat und keine Rechte hatten. Sie verband das Recht auf Rechte demnach nicht mit Individuen, wie es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte fest schreibt [diese wurde zeitgleich mit dem Erscheinen ihres Buches im Jahr 1948 verabschiedet], sondern damit, dass man Teil einer organisierten politischen Gruppierung im Rahmen eines Staates oder einer anderweitig geordneten politischen Gemeinschaft ist.

Ebendies wurde in Syrien in den ersten beiden Jahrzehnten der Herrschaft von Hafiz al-Assad ab 1970 zerstört. Seither leben wir mit den Folgen: Uns Syrer:innen wird kontinuierlich Gerechtigkeit vorenthalten. Wir leben wie Flüchtlinge im eigenen Land oder wurden jenseits unserer Landesgrenzen in den vergangenen zehn Jahren zu Menschenmassen. In einigen Ländern werden wir als Almosenempfänger:innen behandelt, in anderen diskriminierend und feindselig, in dritten genießen wir zwar humanitäre Flüchtlingsrechte – aber nirgendwo ein Recht auf Rechte. Auch in Deutschland nicht, das annähernd eine Million Menschen aus Syrien aufgenommen hat und wo ich seit etwa sechs Jahren lebe. Immerhin wurden hier in Koblenz zwei Syrer wegen ihrer Verbrechen verurteilt, die sie in Syrien begangen haben. Einer erhielt eine Freiheitsstrafe von viereinhalf Jahren, der andere sogar lebenslänglich. Weitere Gerichtsprozesse gegen syrische Straftäter laufen oder werden demnächst beginnen; die meisten Angeklagten waren Schergen des Regimes.

### Weltrechtsprinzip in Koblenzer Prozess

Ein Prozess wie der in Koblenz ist Thema eines bemerkenswerten Buchs, das vor wenigen Monaten in arabischer, englischer und deutscher Sprache erschienen ist, herausgegeben von Wolfgang Kaleck und Patrick Kroker: „Syrische Staatsfolter vor Gericht“. Darin schreibt Hannah El-Hitami, freie Journalistin aus Berlin, dass sich das Oberlandesgericht Koblenz an das „Weltrechtsprinzip“ gehalten habe. Dieses gehe davon aus, dass bestimmte Verbrechen „so gravierend [sind], dass sie die Weltbevölkerung unabhängig von Landesgrenzen betreffen“. El-Hitami konstatiert jedoch auch, dass die Gerichtssprache in Koblenz auf Deutsch beschränkt blieb, womit staatliche Grenzen,

die das Weltrechtsprinzip doch vermeintlich aufheben will, affirmiert worden seien, denn es wurde syrischen Prozessbeobachter:innen im Gericht und außerhalb verwehrt, die simultane Verdolmetschung der Verhandlung zu nutzen. „Welchen Sinn hat Gerechtigkeit“, fragt die Autorin, „wenn die Betroffenen ihr nicht folgen können?“

Zudem verweigerte das Gericht eine Aufzeichnung der Verhandlung und begründete dies damit, dass Prozesse nur aufgezeichnet werden, wenn sie von „historischer Bedeutung für Deutschland“ seien – dass „dieser Prozess aber nur von historischer Bedeutung für Syrer:innen“ sei. Diese respektlose Wortwahl machte Rechtsanwältin und Legal Advisor Antonia Klein zum Titel ihres Buchbeitrags: „Keine zeitgeschichtliche Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland“. Ihr zufolge verweigerte man den Syrer:innen damit das Recht auf Erinnerung in Deutschland.

In Deutschland und anderen europäischen Ländern haben wir, anders als in der Türkei, im Libanon und Jordanien, als Flüchtlinge Rechte. Aber weder in Deutschland noch anderswo haben wir ein Recht auf Rechte. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hat, hat zwar Staatsbürgerrechte und genießt allgemein den Schutz des Gesetzes, aber als Syrer:innen haben wir kein Recht darauf, Rechte zu haben. Das Koblenzer Gericht ist in Bezug auf seine Statuten, die Gesetze, auf deren Grundlage es Urteile erlässt, seine Richter:innen und seine Sprache zu hundert Prozent deutsch. Tatsächlich war das Verfahren grundsätzlich nichts, worauf wir ein Recht gehabt hätten. Syrer:innen hatten ein Teilrecht, im Prozess als Zeug:innen auszusagen, aber nur, weil das deutsche Rechtssystem seinen Justizorganen die Möglichkeit bietet, auf der Grundlage des Weltrechtsprinzips tätig zu werden.

Damit soll der Wert des Koblenzer Prozesses keineswegs geschmälert werden. Er hat es einigen Syrer:innen ermöglicht, im Rahmen eines juristischen Vorgangs ihre Geschichten vorzubringen. Zugleich bleibt das Recht, Rechte zu haben, darauf beschränkt, dass es Staaten und Nationen gibt. Der Prozess hat jedoch ein Licht darauf geworfen, dass die Assad-Herrschaft auf permanenter Folter beruht, was Kaleck und Kroker zu Recht als „DNA des Regimes“ bezeichnen. Vor allem aber konnte er eine Vorstellung davon vermitteln, wie in Syrien jede gesellschaftspolitische Grundlage eines Rechts auf Rechte untergraben wird. Er zeigte, dass ohne juristische Gerechtigkeit keine politische Gerechtigkeit entstehen kann.

#### Politizid und Privatisierung des Staates

Als ich 1980 wie Hunderte meiner Genoss:innen verhaftet wurde, geschah dies im Zuge der Zerstörung sämtlicher unabhängiger politischer Organisationen, die sich offen gegen das syrische Regime stellten. Die 1980er-Jahre erlebten zwei Gesichter des Politizids gegen Oppositionelle: erstens die Vernichtung linker Organisationen, indem man deren Mitglieder für Jahre ins Gefängnis steckte, sie dort zunächst folterte und später oft auch ermordete; zweitens die Vernichtung der islamistischen Opposition, deren Anhänger:innen zu Tausenden getötet und deren soziales Umfeld tausendfach ausgerottet wurde. Dies war so etwas wie ein politischer Mord an der syrischen Gesellschaft und begünstigte die Machtvererbung an Bashar al-Assad durch seinen Vater.

Mit dem Politizid ging die Vernichtung des Staates als einer öffentlichen Institution einher, die auf bekannten und konstanten Regeln sowie auf einer klaren Vorstellung davon aufbaut, was im staatlichen Interesse liegt und

dass dieses sich vom Interesse der Herrschenden unterscheidet. Auch in Syrien unterscheidet man zwischen Staat und Macht, und man sagt, eine private Macht habe den Staat als res publica geschluckt. Das war selbst für Syrien etwas relativ Neues. Angesichts der Privatisierung des Staates und der Blutjahre wurde es Aufgabe der Opposition, zugleich die Freiheit und die Idee eines öffentlichen Staates gegen eine besitzende herrschende Clique zu verteidigen, die sich zu einer Dynastie entwickelte. Es ist bekannt, dass Hafiz al-Assad seinen Sohn Bashar von seinem Medizinstudium aus England zurückholte, um ihn darauf vorzubereiten, ihm als Präsident nachzufolgen. Im Jahr 2000 war es dann so weit.

Trotz dieser Usurpation der Macht durch Vererbung und Privatisierung und dem über zwei Jahrzehnte andauernden Politizid sammelten Syrer:innen im sogenannten Damaszener Frühling des Jahres 2000 ihre Kräfte, indem sie mit Symposien eine kreative Form der Aneignung des Rechts auf Rechte schufen. Es handelte sich dabei um Zusammenkünfte in Privatwohnungen, bei denen Dutzende bis Hunderte von Interessierten kritisch über öffentliche Belange sprachen. Diese Mischung aus Versammlung und Rede erinnert an den Politikbegriff von Hannah Arendt in „Vita activa oder Vom tätigen Leben“. Hier definierte sie Politik als Handeln und Sprechen, das implizit in einem öffentlichen Raum stattfindet. Der Damaszener Frühling wurde nach weniger als einem Jahr niedergeschlagen, seine aktivsten Initiatoren wurden eingesperrt.

#### Aufstand gegen politische Armut

Solchermaßen an Begegnung und am Sprechen gehindert und in Entbehrung öffentlicher Räume, lebten die Syrer:innen seither, in Zahlen gesprochen, zu 100 Prozent unter der

politischen Armutsgrenze, während damals höchstens 20 Prozent unter der materiellen Armutsgrenze lebten [2007 waren es schon 37 Prozent, heute sind es über 90]. Die syrische Revolution von 2011 war in erster Linie ein Aufstand gegen politische Armut und somit eine Fortsetzung des Damaszener Frühlings auf andere Art.

### Gleichheit vor und hinter dem Gesetz

Ich führe das nicht nur deshalb an, weil kaum jemand in Deutschland davon weiß. Es ist ein Versuch, das, was in Syrien geschieht, in einer universalen Sprache zu erklären. Ein großer Teil der letzten vierzig Jahre der syrischen Geschichte ist einerseits an dem Politizid ablesbar, durch den die syrische Gesellschaft jedes Recht auf Rechte verloren hat, und andererseits an einem Staatsentzug, der dazu geführt hat, dass man auf den Gedanken an ein Recht gar nicht kommt. Vielmehr sieht man alles, was man hat, als Großzügigkeit und Geschenk des „Führers“ an – so sagt man in Syrien seit den 1980er-Jahren tatsächlich. Alle Syrer:innen, selbst die Regimeloyalist:innen, sind Untertanen und Gefolge, keine Staatsbürger:innen. Sie sind lebende Beispiele für das, was Giorgio Agamben „Homo sacer“ genannt hat: Menschen, die so tief unten stehen, dass jeder Angriff gegen sie bis hin zum Mord nicht als Verbrechen gilt. Eben das erleben syrische Flüchtlinge seit kurzem in der Türkei und haben sie zuvor schon im Libanon erlebt.

Es ist diese chronische politische Realität, die sich ändern muss. Syrien müsste den Syrer:innen zunächst einmal gehören, damit sie möglicherweise Prozesse zur Herstellung von Gerechtigkeit einleiten und gegen alle vorgehen können, die sich, in welcher Weise auch immer, schuldig gemacht haben. Nur so könnten

rechtsbezogene Konflikte unter Syrer:innen geregelt werden. Eine auf Rechten beruhende Gerechtigkeit bedeutet Gleichheit vor dem Gesetz, während politische Gerechtigkeit Gleichheit auch hinter dem Gesetz bedeutet, d.h. mittels einer Gesetzgebung durch eine gewählte gesetzgebende Gewalt. Darin liegt die große Herausforderung für das heutige und zukünftige Syrien.

Lida Maxwell schreibt in dem Buch „The Right to Have Rights“, das an Hannah Arendts Gedanken anknüpft: „Wir werden zu Teilnehmern am Projekt der Aneignung von Rechten [...], wenn wir an Protesten teilnehmen, an der Gesetzgebung, am Aufbau von Institutionen, an der Gründung von Vereinen. Damit trägt man dazu bei, eine Welt zu schaffen, die es jedem ermöglicht, seine Stimme hörbar zu machen, wenn er legitime Rechte einfordert.“ Genau darum geht es: Hörbar zu sein und legitime Rechte zu besitzen, zunächst aber darum, „Teilnehmer zu werden“. Dies wiederum erfordert, das System des Politizids zu überwinden.

*Übersetzung aus dem Arabischen:  
Günther Orth*



Yassin al-Haj Saleh ist einer der bedeutendsten syrischen Schriftsteller und lebt im Exil in Berlin. Er schreibt regelmäßig für das Rundschreiben. Im Mai 2023 nahm er an der von der Stiftung medico mitorganisierten Global Assembly in Frankfurt teil.



# In aller Ungewissheit revolutionär

medico-Menschenrechtsreferent Thomas Rudhof-Seibert geht in Rente. Ein Gespräch über Untergrund-Universitäten in Afghanistan, Philosophie und die revolutionäre Kraft der Menschenrechte

**Thomas, in über 25 Jahren bei medico bist du viel herumgekommen. In deiner prominenten Doppelrolle als medico-Referent und als Philosoph bleibt ein Ereignis besonders in Erinnerung: die Untergrund-Universität, die ihr 2017 in Afghanistan veranstaltet habt.**

Ich erinnere mich besonders an eine Veranstaltung in Bamiyan, in der Provinz der Hazara. In der kleinen Universität saßen 300 Leute im Raum, mucksmäuschenstill, totale Aufmerksamkeit. Alle hatten Blöcke auf den Knien, alle schrieben mit. Hadi Marifat von unserer Partnerorganisation AHRDO führte mich ein und ich sprach wie verabredet über die Kritische Theorie, auch über Einzelpersonen wie Walter Benjamin. Ich habe in etwa erzählt: Benjamin war ein undogmatischer Marxist mit einem durchgängigen Interesse an Theologie und hat versucht, einen messianisch aufgeladenen Materialismus auszuarbeiten. Weil ich ihn und die anderen nur vorstellen wollte und deshalb nicht ins Detail ging, begann ein regelrechter Beschuss mit Fragen. Nach drei Stunden haben wir schließlich gesagt: Wir können nicht mehr. Daraufhin gab es einen Aufstand unter den Studierenden. Sie haben gefragt, was wir am folgenden Tag vorhätten. Wir wollten eigentlich Pause machen und an den großen Band-e-Amir-See in der

Nähe fahren, aber dann haben sie uns überredet, am nächsten Tag wiederzukommen.

**Und dann?**

Es waren wieder 300 Leute da und die Diskussion ging einfach weiter. Eine Studentin stand auf und sagte: „Ich bin eine linke Muslima. Mich interessiert, was Sie über Benjamin gesagt haben. Wie genau ist die Verbindung zwischen Marxismus und theologischem Messianismus bei Benjamin?“ Ich war überhaupt nicht auf diese Frage vorbereitet, habe versucht, so gut ich konnte darauf einzugehen, denn die Studierenden fragten in einem tiefen Ernst, den du hier an den Unis so nicht findest. Ich rang mir also eine Antwort auf die Frage nach Marxismus und Messianismus bei Benjamin ab. Die Frau hörte ruhig zu, blickte mich unverwandt an und antwortete mit fester Stimme kurz und knapp: „Gut. Das denken wir ganz genauso wie Benjamin.“

**Dass die Kritische Theorie mit ihrer unverkennbaren Geschichte im Afghanistan des Krieges funktioniert und sich übersetzen ließ, ist eigentlich schwer vorstellbar.**

In Bamiyan verdankte sich das Professor Karimi, der dort Professor für Politische Wissenschaften war und sich wie unsere Partner:innen





Nach dem Einsturz der Rana-Plaza-Textilfabrik 2013 in Bangladesch: Thomas Rudhof-Seibert im Gespräch mit Überlebenden.

von AHRDO nach Kanada retten konnte. Karimi hatte ein völlig zerfleddertes Exemplar der Dialektik der Aufklärung auf Englisch. Obwohl das Exemplar sein einziges war, lieh er es Studierenden immer wieder aus. Sein politisch-theoretischer Bezugspunkt Kritische Theorie war auch von der afghanischen Situation geprägt: Wie alle afghanischen Linken musste Karimi mit dem kompletten Fiasko der einstigen Democratic People's Party zurechtkommen, also mit dem gescheiterten Sozialismus und dem sowjetischen Einmarsch, mit dem Krieg vor und nach 2001, dann mit den Taliban. Die große Frage war: Wie kann man angesichts dieses Fiaskos links sein und bleiben? Solche Fragen hat die Kritische Theorie in einem völlig anderen Kontext auch gestellt: Was ist eine linke Positionierung jenseits der Sowjetunion, Chinas, des Marxismus-Leninismus, aber auch jenseits des Westens? Genau das war für die Leute in Afghanistan interessant: Wie kann

man in Afghanistan Demokratie denken, mit allem was dazugehört, ohne einfach prowestlich zu sein?

**Nicht zuletzt wegen Begegnungen wie der in Kabul bist du immer skeptisch geblieben gegenüber bloß partikularen Identitätspolitik, auch gegenüber vorgeblich privilegierten Subjekten von Politik, egal, ob es Bürger:innen, Arbeiter:innen, die Jungen, die Frauen oder die Kolonisierten sind. Du hältst fest an einem Universalismus, den du programmatisch in den Menschenrechten verkörpert siehst. In einer Broschüre, die du medico gewissermaßen als Erbe hinterlässt, plädiert du dafür, das Selbstverständnis als Menschenrechtsorganisation zu stärken. Darin sprichst du sogar von einer permanenten Revolution. Ehrlich gesagt fühlt es sich gerade nicht danach an.**

Natürlich sind alle Revolutionen von bestimmten sozialen Situationen geprägt, man spricht

historisch ja nicht zu Unrecht von den bürgerlichen, den proletarischen, den antikolonialen Revolutionen und dann von den diversen Revolutionen ab 1968. Das ist nicht willkürlich. Das eigentlich Interessante ist aber das Kontinuum über die lokalen Revolutionen hinaus oder eben die Permanenz der Revolution. Und die hat Zug um Zug ihren Niederschlag im Menschenrecht gefunden, auch in deren fortlaufender Erweiterung. Die Menschenrechte bergen, was über das jeweilige Scheitern aktuell bleibt und uns alle deshalb weiter zur Umsetzung verpflichtet, jede und jeden Einzelnen.

**Aber sind nicht gerade die Menschenrechte, anders als du sagst, eine ziemlich westliche Sache und damit alles andere als universell?**

Gerade wegen der Inanspruchnahme von allen Seiten ist die kritische Arbeit an den Menschenrechten so wichtig, theoretisch und praktisch. Die Erklärung der Menschenrechte ist eben kein beliebiges und letztlich bedeutungsloses Papier, ihre Geschichte bilanziert die Geschichte der modernen Revolutionen. Nehmen wir die nicht zu bestreitende, aber auch wohlfeile Behauptung vom Scheitern der modernen Revolutionen nicht einfach hin, sehen wir vielmehr eine Kompatibilität zwischen dem Selbstverständnis der jeweiligen historischen Ereignisse und den stetig erweiterten, wenn auch nirgendwo voll verwirklichten Menschenrechten. Alle diese Revolutionen haben Menschenrechtserklärungen verfasst oder Erklärungen, die ihnen ähnlich sind, wie sehr früh schon die Verfassung der USA. Sie ist zwar keine Menschenrechtserklärung, beginnt aber menschenrechtlich, indem sie in ihren Grundrechten festhält, dass alle Menschen frei und gleich geboren sind und das Streben nach Glück gemeinsam haben. So haben wir uns in und mit diesen Revolutionen gegenseitig unsere Rechte erklärt und unser gemeinsames politisches Leben an deren Verwirklichung gebunden.

**Was bedeutet das für eine Menschenrechtsorganisation wie medico, die ja zugleich eine Hilfsorganisation ist?**

Was sind wir, was ist die Rolle einer NGO? Für diese Fragen müssen wir in die eigene DNA hineinschauen. Und da liegt medico – das hat viel mit den Ideen der Gründer:innen zu tun – noch immer komplett richtig. medico hat den Internationalismus, den Universalismus zum zentralen Bezugspunkt emanzipatorischen Handelns gemacht. Das ist für uns wie für unsere Partner:innen nach wie vor zentral. Programatisch konnten und können wir das auch heute noch über die Menschenrechte angehen. In den Kämpfen, auf die wir uns beziehen, kämpfen die Leute zunächst immer, um ihr konkretes Leben zu verbessern. Ihren politischen Punkt aber setzen sie, indem sie sich dabei aufs Menschenrecht berufen, ihren besonderen Fall damit politisch zum Fall aller machen und andersherum.

**Hannah Arendt hat in ihren Ausführungen zum „Recht auf Rechte“ darauf bestanden, dass es Menschenrechte ohne die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft nicht geben kann. Sie hat also bezweifelt, dass möglich ist, was du mit medico jahrelang versucht hast: Mit dem Menschenrechtsbegriff quasi die Staatsbürgerschaft und die Nation zu überschreiten. Wenn du heute diese Arbeit bilanzierst: Hatte sie nicht doch recht?**

Arendt sah zu ihrer Zeit ganz richtig, dass das Problem der Rechtsdurchsetzung unumgänglich an den Nationalstaat gekoppelt war. Das ist in vielem auch heute noch so. Doch haben wir jetzt auch Kämpfe, die um andere Rechtsformen kreisen. medico hat sich an verschiedenen solcher Auseinandersetzungen beteiligt. Ein zentraler Punkt auch in meiner Arbeit der letzten Jahre sind die Auseinandersetzungen um den sogenannten Binding Treaty, also um die Verrechtlichung der globalen Herstellungs- und Lieferketten. Mit ihm wird letztlich

ein transnationales Recht begründet, ein Recht, das dann auch durch internationale Institutionen garantiert und durchgesetzt werden muss. Das sind natürlich alles ungelöste Problematiken, die aber über das hinausweisen, was Arendt vor Augen hatte. Doch bleibt, dass sie mit dem „Recht auf Rechte“ auf das eine Grundrecht verwiesen hat, das der Vielzahl der Rechte einbeschrieben ist, die wir uns bisher historisch erklärt haben. Das eine Recht auf Rechte gibt den Sinn der Vielzahl einzelner Rechte an, das, was sie von innen zusammenhält. Die Fragen der Durchsetzung des einen wie der vielen Rechte ist aber nicht nur Sache der Theorie, sondern auch der politischen Praxis. Organisationen wie medico kämpfen deshalb heute an vielen einzelnen Punkten um internationalisierte, um transnationale Formen der Verrechtlichung.

### Siehst du darin eine zentrale Aufgabe medicos für die Zukunft?

Das wird immer wichtiger werden, gerade angesichts zunehmender Ungewissheit. Wir nehmen an dramatischen Veränderungen teil, deren Ausgang völlig offen ist. Zu Beginn dieses Jahrhunderts waren wir noch sicher, in einer sich tatsächlich globalisierenden Weltordnung zu leben. Wir haben die Globalisierung bejaht, weil es uns darum ging, diese Ordnung menschenrechtlich um- und auszugestalten. Wir haben uns dabei besonders auf den Paragraphen 28 der Menschenrechtserklärung berufen. Er hält den Anspruch eines und einer jeden auf eine „soziale und internationale Ordnung“ fest, in der „die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können“ – voll, wie es ausdrücklich heißt, nicht teilweise oder nur für bestimmte Leute. Heute können wir nicht einmal mehr sicher sein, ob es in ein paar Jahren noch eine Weltordnung geben wird und die Welt nicht in regionale Blöcke zerfällt, die sich vielerorts auch bekriegen werden. Als Menschenrechts-

organisation aber wird medico auch dann noch für das Recht aller auf ihre Rechte streiten. Wir werden auch für neue, heute noch nicht erklärte Rechte kämpfen müssen, zum Beispiel um das Recht eines und einer jeden auf Ankunft am Ort einer Reise, die sie oft gar nicht frei angetreten haben. Ohne ein solches Recht aber macht das Menschenrecht auf Freizügigkeit keinen Sinn, das wir uns schon lange erklärt, aber nirgendwo wirklich durchgesetzt haben. Die Freizügigkeit aber wird noch wichtiger sein, als sie es heute schon ist, und die Forderung nach einem Freizügigkeit erst ermöglichenden Recht auf Ankunft wird revolutionär sein. Das ist ein schöner Grund, um weiterzumachen, trotz bleibender Ungewissheit. Die junge Frau aus Bamiyan, wo immer sie jetzt ist, würde wahrscheinlich sagen: „Gut. Das sehen wir ganz genauso.“

*Das Interview führten Ramona Lenz und Mario Neumann.*



Vor 25 Jahren bei medico als „Referent für Kultur- und Gesellschaftskritik“ eingestellt, hat Thomas Rudhof-Seibert später dann auch als Menschenrechtsreferent medico geprägt. Zu seinem Abschied erscheint die 40-seitige Broschüre „Es geht ums Ganze, für alle und jede Einzelne, überall.“ mit einem Text von ihm darüber,

was „es heißen könnte, eine Menschenrechtsorganisation zu sein“. Die Broschüre kann bei medico bestellt und online abgerufen werden, siehe Seite 62.

# Testfall Haiti

Eine neue US-Strategie soll am Beispiel der Karibikinsel globale Handlungsmacht beweisen

Von Katja Maurer

Wenn es um die Menschenrechte geht, sollte man von Haiti reden. Denn die haitianische Revolution, die zeitgleich mit der französischen begann und 1804 zur Abschaffung der Sklaverei und Unabhängigkeit führte, hat deren Universalität überhaupt erst gesetzt, und zwar in einem eigenen Akt, nicht einfach nur als Nachahmung der französischen Revolution. Doch nicht deshalb ist Haiti gerade Thema, sondern wegen der Gewalt von unzähligen Gangs, die große Teile der Hauptstadt kontrollieren. Die Berichterstattung vermeidet meist die Erklärung der Zusammenhänge und wiederholt so tiefsitzende Vorurteile: Die Gangs erscheinen als Naturgewalt. „Die Gangs sind die Kinder, die ihr der haitianischen Republik gemacht habt“, schrieb hingegen kürzlich der haitianische Schriftsteller Lyonel Trouillot.

Intervention gegen Gangs?

Seit fast einem Jahr verlangen die UNO, USA und Kanada eine internationale Intervention in Haiti. Die immer wieder aufpoppenden Berichte über die Gewalt der Gangs, die zweifellos dramatisch ist, dienen – gewollt oder nicht – als Begleitmusik für diese Forderung. Mehrere Aufrufe von Organisationen der Zivilgesellschaft, die Rang und Namen haben, genauso wie Schriftsteller:innen, darunter auch Lyonel Trouillot, wenden sich öffentlich gegen diese

Pläne. Sie fürchten, dass sie der in ihren Augen illegitimen Regierung unter Ariel Henry die Macht sichern wird, aber das Problem der Gangs nicht lösen kann.

„Die Gangs“, so der Direktor des Menschenrechtsnetzwerkes RNDH und langjährige Partner von medico, Pierre Espérance, kürzlich bei einem Besuch in Berlin, „sind Ergebnis der politischen Krise Haitis. Es fehlt eine wirkliche Demokratie, in der gewählte Politiker das Gemeinwohl im Blick haben, und die Regierungsgeschäfte nicht nur als einen weiteren Geschäftsbereich der haitianischen Kompradoren-Bourgeoisie betrachten“. Es gebe keine funktionierende Justiz, die sich der systematischen Straflosigkeit für Menschenrechtsverbrechen und Korruption der Eliten entgegenstelle. Ein politisches Problem, so Espérance, lasse sich nur politisch lösen. Doch wie es aussieht, wird es dazu nicht kommen. Noch im Herbst soll ein UN-Sicherheitsratsbeschluss gefasst werden, der eine militärpolizeiliche Intervention unter Führung Kenias und der Beteiligung anderer Länder – unter anderem ist von Jamaika die Rede – ermöglichen soll.

Sollten Russland und China erneut ein Veto einlegen, dürfte der Fall Haitis in der UNO zu einem weiteren Exempel der neuen Spaltung in der Welt werden. Denn diese Intervention durch „befreundete Partner“ in Haiti ist eine Idee, die

maßgeblich in der US-Administration vorangetrieben wird. Sie gilt als Pilotprojekt für eine neue US-Strategie, die lokale Konflikte eindämmen soll. Als Gesetz verabschiedet wurde sie noch unter Trump unter dem Titel „Global Fragility Act“, dem Globalen Fragilitätsgesetz. Nun hat es die Biden-Administration aus der Schublade geholt, um damit eine strategische Führungsrolle der USA in Konflikten wie dem haitianischen zu begründen und entsprechende Mittel abzurufen. Als Länder, in denen dieses Gesetz zur Anwendung kommen könnte, gelten zum Beispiel Libyen und Niger. Dabei wollen die USA über „Partner“ agieren, mit der UNO, gegebenenfalls aber auch ohne sie.

Der als „friedensbildendes“ Programm deklarierte Masterplan verfügt über eine starke militärische Komponente. Er setzt aber auch auf die staatliche Entwicklungsorganisation USAID und internationale NGOs. Biden erklärte im August, man wolle Beziehungen zur lokalen Zivilgesellschaft aufbauen, um „die Fähigkeit der USA zu stärken, ein effektiver Führer der internationalen Bemühungen zu sein, Extremismus und gewalttätige Konflikte zu verhindern“. Es gehe darum, einen Katalog von unterstützten Sicherheitsaktivitäten durchzuführen, die es den USA ermöglichen, „erfolgreich militärische Ziele von, mit und durch seine Partner in fragilen Staaten durchzusetzen“. Das ist offenkundig eine Interventionsstrategie des 21. Jahrhunderts – auch wenn vieles an die gescheiterte Strategie in Afghanistan erinnert.

Nun also Haiti, das erste „Partnerland“. Das Szenario sieht folgendermaßen aus: Unter der Führung des von den USA nach langem Suchen gefundenen Partners Kenia, das 1.000 Polizist:innen verspricht, soll es eine militärisch-polizeiliche Mission geben. Ursprünglich wollten die USA, dass Kanada diese Mission leitet. Doch dort lehnte man dankend ab. Die Begründung für die Intervention klingt einleuch-

tend, denn die Gang-Gewalt ist so brutal, dass schnelle Maßnahmen zwingend erscheinen. Dann aber wird es schwierig. Denn lokale Partnerin ist die Regierung unter Ariel Henry, dem Ministerpräsidenten, der mit Zustimmung der USA und ihrer Partner:innen (der UNO und zahlreichen westlichen Staaten, darunter Deutschland) zwar ernannt, aber nie gewählt wurde. Das haitianische Parlament und der Senat sind aufgelöst, der Oberste Gerichtshof tagt schon lange nicht mehr. Seit die USA und die UNO 2011 die Fälschung der Präsidentschaftswahlen betrieben und mit Martelly ihren Kandidaten installierten, kann von demokratisch legitimen Präsidenten nicht mehr die Rede sein. Die vom Westen gestützten Politiker:innen sind außerdem massiven Korruptionsvorwürfen, etwa der Entwendung von Erdbebenhilfen, ausgesetzt und nachweislich in die Ausweitung der Gang-Gewalt verwickelt.

### Zivilgesellschaft wird ignoriert

Die Zivilgesellschaft, der in der US-Strategie doch eigentlich eine zentrale Rolle zukommt, gilt im Fall von Haiti vor allen Dingen als Störfaktor. Sie wird konstant ignoriert. Sie hat sich hinter dem „Accord de Montana“ versammelt, einer Vereinbarung, die nach der Ermordung des Präsidenten Jovenel Moïse im Juli 2021 veröffentlicht wurde, um eine haitianische Lösung der Krise auszuarbeiten. In einem landesweiten Prozess hat ein Bündnis ein umfassendes Programm für eine Übergangszeit entwickelt, in der Voraussetzungen für faire Wahlen und ein funktionierendes Gerichtssystem geschaffen werden sollten. Doch weder die UN-Vertretung in Haiti, die das Land quasi als Protektorat behandelt, noch die Vertreter:innen der Länder, die in der Core-Group sitzen und über haitianische Politik und Finanzen mitentscheiden, haben sich je bemüht, ernsthaft mit dem Bündnis ins Gespräch zu kommen.

Geht es also um eine Lösung der haitianischen Krise oder ist die neue US-Politik vor allen Dingen Ausdruck von Aktivismus angesichts scheiternder hegemonialer Ansprüche? Pierre Espérance hat keine Hoffnung, dass eine erneute Intervention [nach jener durch die USA von 1915 bis 1934 und der 13-jährigen Mission der UN-Truppen MINUSTAH bis 2017] irgendetwas verbessern wird. Im Telefongespräch verweist er darauf, dass die kenianische Polizei für Menschenrechtsverletzungen berüchtigt sei. Die Vertreter Kenias hätten bei ihrem Besuch im August keinen Kontakt mit regierungskritischen Organisationen gesucht. Die US-Journalistin Amy Wilentz, die viele Bücher über Haiti veröffentlicht hat, bringt es in einem Tweet auf den Punkt: „Wie sollen 1.000 kenianische Polizisten mit ca. 200 schwer bewaffneten Gangs fertig werden? Mit Kenia benutzt die Internationale Gemeinschaft eine Stellvertreterarmee, um Raum für neue unpopuläre Wahlen zu schaffen. Danach werden die Gangs weiter regieren.“ Dass manche haitianische Intellektuelle den Afropessimist:innen recht geben, denen zufolge sich der eigentliche Antagonismus zwischen den Schwarzen und der Menschheit bewege, denn Letztere konstituieren sich im Ausschluss der Schwarzen, kann nicht verwundern.

## Fluchtpunkt Menschenrechtsrevolution

Den Haitianer:innen wird kein eigenständiger Weg aus der Krise zugetraut und möglich gemacht. Einen Einwand dagegen bietet die haitianische Revolution selbst, in deren Folge eine Verfassung entstand, die alle Unterdrückten als Schwarze begriff und ihnen Bürgerrechte zusprach. Die Hautfarbe war dabei nicht das einzige Kriterium. So erhielten die polnischen Soldaten, die von der französischen Armee im damals von ihr besetzten Polen

zwangsrekrutiert und in Haiti eingesetzt wurden, auch diese Rechte. Sie hatten sich der haitianischen Revolution angeschlossen. Die haitianische Revolution gab sich selbst den abolitionistischen Auftrag, alle Sklav:innen zu befreien. Deshalb wurde dem Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar mehrfach Unterschlupf in Haiti gewährt, Waffenhilfe inklusive.

Hinter die Neubegründung der Menschenrechte als einem Recht für alle und jede:n, die die haitianische Revolution beispielhaft vollzogen hat, gibt es auch heute kein Zurück. Wenn das nicht geschieht, bleibt das, was Lyonel Trouillot kürzlich schrieb: „Die Widrigkeit ist so groß, dass wir jede Rede als die letzte betrachten und die Dinge schreien sollten, die es verdienen, gehört zu werden. Damit möchte ich – als ob es das letzte Mal wäre – sagen, dass jede ausländische Militärmacht, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der De-facto-Regierung von Ariel Henry nach Haiti kommt, deren Macht nur verstärken und uns damit im Stillstand und in der Maskerade halten wird.“



Katja Maurer hat nicht nur bei medico immer wieder auf die globale politische Bedeutung Haitis hingewiesen. Sie hat das Land mehrfach besucht und schreibt regelmäßig für die taz zu Entwicklungen vor Ort.

**medico unterstützt die Arbeit des haitianischen Menschenrechtsnetzwerkes RNDDH, dessen Büro in Port-au-Prince vor wenigen Wochen beschossen wurde.**

**Spendenstichwort: Haiti**



Nach diversen gescheiterten Stabilisierungsmissionen regiert Perspektivlosigkeit. Wer kann, verlässt das Land.

## EINE KETTE DES SCHEITERNS

### Die UNO und Haiti. Von Katja Maurer

Seit 1993 ist die UNO mit verschiedenen Missionen in Haiti präsent. Stets stand dabei die „Sicherheitsfrage“ im Mittelpunkt. Zunächst wurden unter UN-Auspizien Polizeibeauftragte zur Ausbildung lokaler Kräfte entsandt. Diese Mission dauerte bis 1996. Sie begleitete die Rückkehr des zuvor weggeputschten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide, der im Gegenzug den haitianischen Markt für globale Produkte öffnen musste, mit verheerenden Folgen für die dortige Landwirtschaft. 2004 kehrte die UNO mit den MINUSTAH-Truppen der „Stabilisierungsmission in Haiti“ und einem Mandat des Sicherheitsrates zurück, um die Gang-Gewalt zu bekämpfen und Aristide abzusetzen, damals mit Unterstützung eines wichtigen Teils haitianischer demokratischer Kräfte. Die MINUSTAH-Mission dauerte 13 Jahre lang, kostete täglich eine Million Dollar und geriet aufgrund vieler Skandale immer mehr in die Kritik. Ab 2010 koordinierte die UNO die Hilfe nach dem verheerenden Erdbeben. Auch diese wurde heftig kritisiert, weil sie lokale Akteur:innen sukzessive entmächtigte und über die Verwendung der Gelder nicht hinreichend Rechenschaft ablegte. Vollends verspielte die UNO ihre Glaubwürdigkeit in Haiti, als sie 2011 der Ernennung von Michel Martelly zum Präsidenten zustimmte, obwohl dies nachweislich nur durch Wahlbetrug möglich war.

Die Rolle der UNO bleibt zentral. Ihre Sonderbeauftragten leiten heute die Haiti-Core-Group, der u.a. die USA, Kanada, die EU, Deutschland und Frankreich angehören. Dass sich die UNO nun zum Vorreiter einer Interventionsforderung macht, kann zwei Gründe haben: In einer sich abzeichnenden neuen Weltordnung muss sie um ihre Rolle fürchten. Gelänge es, im Sicherheitsrat ein Votum für die Intervention zu bekommen, könnte sie ihre Rolle vorläufig sichern. Zudem leidet die UNO unter chronischem Geldmangel. Haiti ist auch eines ihrer Geschäftsfelder.

In Zeiten einer drohenden politischen Zweiteilung der Welt ist es schwer, auf die UNO als Instanz der Multipolarität zu verzichten. Aber eine Hoffnung erfüllt sie schon lange nicht mehr: den Menschenrechten global zur Durchsetzung zu verhelfen.

# Im Namen des Klimas

Die Klimakrise ist eine Frage des Menschenrechts.  
Das wird auch vor Gericht verhandelt

Von Karin Zennig und Miriam Saage-Maaß

Immer mehr Gebiete Afrikas, Asiens und Lateinamerikas werden von extremer Hitze ausgedörrt oder von Flutwellen überschwemmt, ganze Länder drohen zu verschwinden. Vor aller Augen strukturiert sich die Welt neu: in Zonen, die womöglich bewohnbar bleiben werden, und in solche ohne Rechte und Zukunft. Das Fortschrittsversprechen der Moderne auf ein besseres Morgen ist hinfällig. Die Klimakrise ist da. Eine andere Klimapolitik nicht.

Seit über 30 Jahren gibt es das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC). Auf den Weltklimagipfeln von Kyoto 2005 über Paris 2018 bis Scharm El-Scheich im vergangenen Jahr wurde jedoch wenig bis nichts zur Verbesserung der Lage beigetragen. Allenfalls wurden Deklarationen verabschiedet, deren Nichteinhaltung nachfolgende Klimakonferenzen dokumentieren. Grundsätzliche Veränderungen werden von den Regierungen führender Industrienationen – von den USA über Europa bis China – verweigert; und eine politische Kraft, die diese Haltung überwinden könnte, ist nicht in Sicht. Die Fortsetzung der auf fossilen Brennstoffen basierenden Wirtschafts- und Lebensweise und die fortschreitende Abschottung der reichen Zentren sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die auch in Zukunft wohl noch bewohnbaren Zonen werden präventiv abgeschirmt und aufgerüstet. Die für den Fortbestand dieser Inselwelten nötigen Ressourcen werden gesichert, nicht mehr auf koloniale Weise, sondern durch die Spielregeln des aufgezwungenen Freihandels, nötigenfalls aber auch mit Gewalt.

## Verdrängungsgesellschaft

Die Klimakrise wird durch die „Logik der Inbesitznahme“ befeuert, eines behaupteten Eigentumsrechts an endlichen Ressourcen und deren Verbrauch – ein Modell, das mit dem Kolonialismus begann. Die Besitzlosen sind dieser Verwertung unterworfen, zudem mit ihren Konsequenzen konfrontiert: schlechtere Luft- und Wasserqualität, unfruchtbare Böden, schwindende Ressourcen, Schuldenlast, kürzere Lebenserwartung und vieles mehr. Als Sklav:innen waren sie einst selbst zu Objekten dieser Umwelt degradiert worden. Doch bis heute sind die Besitzlosen extraktivistischen Modellen und ihren Folgen ausgesetzt: Vergiftung, Verwüstung, Austrocknung und Überschwemmung.

Durch die Klimakrise droht ein Zustand der sozialen und territorialen Segregation: Die





Foto: REUTERS/Altaf Soomro

Fischen in trüben Fluten. Während der Überschwemmungen mit Millionen Betroffenen in Pakistan 2022.

reichen Gesellschaften, die bisher am meisten vom fossilen Kapitalismus profitierten, werden sich mit technischem Know-how so gut wie möglich absichern und trotz dramatischer Umweltschäden ein halbwegs komfortables Leben organisieren und finanzieren können. Die Armen in den weltweiten Katastrophenzonen hingegen müssen sehen, wo sie bleiben. Dabei wird den Unterprivilegierten im Globalen Norden die Sicherung eines immerhin relativen Wohlstandsangebots angeboten: In hiesiger Armut sei es immer noch besser als im verelendeten Rest der Welt. Mit der Zustimmung zur Abschottung schrumpft das „globale Sichtfeld“. So wird den klimakriseninduzierten Katastrophen wie den Überschwemmungen in Pakistan, den Dürren in Somalia, den Bränden in Haiti oder wie jüngst dem Taifun auf den Philippinen hierzulande wenig bis keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Trotz des Wissens um die Krise und globale Verantwortlichkeiten schwindet sowohl die Bereitschaft, das eigene Verhalten zu verändern, als auch die Unterstützung einer stärkeren Klimaschutzpolitik. Die Zustimmung zu Letzterer ist binnen zwei Jahren von 68 auf 34 Prozent im Mai 2023 geschrumpft. Gewaltig hingegen ist der Unmut über die Klima- und Umweltbewegung. 85 Prozent der Befragten finden, dass diese „in ihren Protestaktionen häufig zu weit“ gehe. Nicht die Klimakrise, sondern der Klimagerechtigkeitsprotest gelten als Problem. Die Verdrängungsgesellschaft lässt grüßen.

Alle oder keine:r

Der Einschränkung des Sichtfeldes steht ein menschenrechtsbasierter Ansatz gegenüber.

Überraschenderweise spielt dieser in der Klimadebatte bislang eine eher untergeordnete Rolle. Selbst in der Klimagerechtigkeitsbewegung sind die Bezüge aufs Menschenrecht gering ausgeprägt. Dabei meint die Berufung

„Menschenrechte sind mehr als Schutzrechte bloßer Lebewesen, sie sind Verwirklichungsrechte freier Wesen im Rahmen der natürlichen Grenzen der Ökosysteme.“

aufs Menschenrecht nicht weniger als das weltweite Recht eines und einer jeden auf ein freies und selbstbestimmtes Leben im Rahmen der natürlichen Grenzen des Planeten – und auf die Schaffung gesellschaftlicher Bedingungen, die eben das für alle Menschen gleichermaßen ermöglichen. Dieser Grundsatz wird in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen in einem Katalog von 30 Rechten ausbuchstabiert und fortlaufend ergänzt: vom Recht auf Bewegungsfreiheit über das auf Demokratie bis zu jenem auf Bildung und soziale Sicherung. Das Recht auf eine Zukunft oder eine unzerstörte Umwelt sind darin zwar noch nicht explizit enthalten. In Artikel 28, der das „Recht auf eine Gesellschaft und Welt, in der die Menschen- und Freiheitsrechte verwirklicht werden können“ formuliert, ist es allerdings angelegt.

Die Klimakrise ist in dieser Hinsicht nicht nur wegen der durch sie verursachten Schäden eine Menschenrechtsfrage, weil diese oft diejenigen treffen, die am wenigsten zur Erderhitzung beigetragen haben. Sie ist es auch deshalb, weil der Zustand der Natur erheblichen Einfluss auf die Lebenschancen zukünf-

tiger Generationen nimmt. Politisch stellt das Menschenrecht damit die Frage, ob die Zukunft allen gehört oder von einigen Staaten oder Unternehmen für ihre Egoismen und Partikularinteressen in Besitz genommen werden kann. Wie werden Ressourcen zu Schutz, Versorgung und postfossiler Umrüstung aufgeteilt? Wird das vermeintliche Recht auf Bequemlichkeit, auf Flugreisen, Luxusjachten und Individualverkehr gegen den Zugang anderer zu Wasser, Nahrung, Boden, Dünger und Saatgut verhandelt? Wer wird welche Bewegungsfreiheit innerhalb der verbleibenden bewohnbaren Orte, zwischen ihnen und Zutritt zu diesen genießen – und wer wird ausgeschlossen sein? Wer wird welches Anrecht auf die Kommodifizierung knapper werdender Güter wie Wasser beanspruchen können, wenn dadurch andere in der Wahrnehmung ihrer Rechte oder in ihren Lebensgrundlagen eingeschränkt sind? Werden Klimaschutzpolitische Maßnahmen oder die Umrüstung nachhaltigerer Energien auf Kosten von Entfaltungsrechten indigener Gruppen, Armer oder Marginalisierter, gegen deren unmittelbares Recht und Interesse, durchgesetzt? Denn auch nachhaltigere Energie oder ökologischere Produktion sind keine Alternativen, wenn Menschenrechtsverletzungen auf dem Wege ihrer Sicherstellung billigend in Kauf genommen werden, wie dies schon jetzt vielfach der Fall ist.

### Klimarechte einklagen

Menschenrechte sind mehr als Schutzrechte bloßer Lebewesen, sie sind Verwirklichungsrechte freier Wesen im Rahmen der natürlichen Grenzen der Ökosysteme. Während die Politik des „Weiter so!“ deren Gültigkeit für alle aufkündigt, steht Klimagerechtigkeit in einem menschenrechtlichen Sinne dafür, die Welt, in der wir leben, mit der Welt, von der wir leben wollen, in Einklang zu bringen. Eine Politik der

Menschenrechte ist damit politische Verteidigungslinie und Wegweiser für gesellschaftliches Handeln zugleich. Gleichwohl sind die Menschenrechte nicht nur Idee, sondern auch Gegenstand konkreter Rechtspraxis. Trotz ihres universellen Anspruchs ist ihre tägliche Verletzung traurige Realität und die Durchsetzung ihrer Gültigkeit gleichermaßen juristisches wie politisches Kampffeld. Vor diesem Hintergrund hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Internationalen Gerichtshof im März 2023 mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt, das klären soll, welche völkerrechtlichen Verpflichtungen Staaten zum Schutz des Klimas und der Menschenrechte beim Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel zukommen.

Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst in seinem Klimaurteil den deutschen Gesetzgeber aufgefordert, das Klimaschutzgesetz nachzubessern, um Generationengerechtigkeit herzustellen. Immerhin. Dieser Aufforderung ist gleichwohl eine territoriale Begrenzung eingeschrieben. Der Limitierung nationaler Rechtsprechung und Gesetzgebung werden aktuell weltweit circa 2.000 Klagen entgegengesetzt. Staaten und „Carbon-Major-Konzerne“ sollen auf die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels, effektive Klimaschutzmaßnahmen, Reduktion von CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Maßnahmen zum Schutz vor weiteren Katastrophen verpflichtet werden.

Klagen für den Ersatz durch die Klimakrise bereits entstandener Schäden, wie diese für über 30 Millionen Pakistaner:innen im Jahr 2022 eingetreten sind, gibt es indes noch nicht. medico und das European Center for Human Rights (ECCHR) haben deswegen mit pakistanischen Partnerorganisationen begonnen, die Möglichkeiten einer Schadensersatzklage von Bäuer:innen aus den am meisten von den Überschwemmungen betroffenen Dörfern der pakistanischen Provinz Sindh zu prüfen. Juris-

tisch wie politisch zielt die Klage in erster Linie auf die verbindliche Feststellung der Verantwortung von großen CO<sub>2</sub>-Emittenten für die klimakriseninduzierte Katastrophe in Pakistan. In der Folge würde die [Mit-]Verantwortung aber auch eine erhebliche Umlenkung von Kapital aus dem Globalen Norden an die Betroffenen des Klimawandels denkbar werden lassen. Solche Klagen würden auch den Druck bei weltweiten Klimakonferenzen erhöhen. Mit der Berufung auf das Menschenrecht könnte eine klimapolitische Auseinandersetzung geführt werden, die darauf zielt, eine Zukunft für alle offenzuhalten.



Die Juristin Miriam Saage-Maaß ist stellvertretende Legal Director des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Als solche hat sie auch mit medico wiederholt an Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen zusammengearbeitet.



Karin Zennig ist bei medico in der Öffentlichkeitsabteilung für die Region Südasiens und das Thema Klimagerechtigkeit zuständig. Bei einer Reise im Frühjahr hat sie in Pakistan Möglichkeiten einer Klimaklage infolge der Überschwemmungen 2022 ausgelotet.

**medico unterstützt klimapolitische Initiativen aus Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika. Das Spektrum reicht von der Verteidigung lokaler Ernährungssouveränität angesichts zunehmend zerstörter Existenzgrundlagen bis zum Kampf für die Anerkennung der ökologischen Schuld durch den Globalen Norden.**

**Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit**

# Projekte Projektionen

## Auf sich gestellt

Philippinen: Nothilfe nach Taifun

Wenn Österreich und Slowenien überschwemmt werden und es auf Hawaii, in Griechenland und Kanada brennt, bleibt in den hiesigen Aufmerksamkeitsökonomien wenig Platz für die Verwüstungen, die der Super-Taifun Doksuri auf den Philippinen angerichtet hat. Mehrere Zehntausend Menschen mussten vor allem im Norden des Inselstaates fliehen, viele haben ihre Zuhause und ihre Existenzgrundlage verloren. Extreme Winde, Überschwemmungen und Erdbeben haben ein hochverschuldetes Land getroffen. Ein überforderter Staat, eine angesichts der globalen Krisendichte zunehmend desinteressierte Weltgemeinschaft, mit der Klimaveränderung häufigere und schwerere Stürme: Für die langjährigen medico-Partner von Samahang Operasyong Sagip (SOS) ist das keine neue Erfahrung. Auf die eigenen Kapazitäten setzend, versorgt das landesweite Netzwerk betroffene Familien mit dem Nötigsten: Essens- und Hygienepakete, Planen, Unterkünfte. Selbsthilfe ist das, was bleibt.



Foto: REUTERS/Lisa Marie David

Überschwemmungen nach Taifun Doksuri

**Spendenstichwort: Nothilfe**

## Politischer Exodus

Mexiko: Hilfe für Flüchtlinge aus Nicaragua

Seit der Niederschlagung der sozialen Proteste 2018 mit mehr als 300 Toten befindet sich Nicaragua im Abwärtsstrudel. Anfang des Jahres schob das Ortega-Regime über Nacht 222 politische Gefangene und weitere 94 Dissident:innen in die USA ab, darunter viele ehemalige Weggefähr:innen Ortegas. Ihnen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen, ihr Hab und Gut konfisziert. Jeden Tag werden weitere politische Gegner:innen verhaftet, zuletzt auch die Vermögen der unabhängigen Universidad Centroamericana beschlagnahmt. Um der Übermacht der Repression zu entgehen, verlassen immer mehr Menschen das Land. Die meisten von ihnen überqueren die grüne Grenze ins benachbarte Costa Rica. Relativ neu ist, dass sich auch Zehntausende Nicaraguaner:innen auf den gefährlichen Weg in Richtung USA machen. Wie es ihnen dabei ergeht, ist im Gegensatz zur gut erforschten Migration aus anderen zentralamerikanischen Ländern weitgehend unbekannt. Deshalb haben Nicaraguaner:innen mit lokalen Aktivist:innen in Mexiko die neue medico-Partnerorganisation OMIN [Organización de Migrantes Nicaragüense en México] gegründet. Zunächst erheben sie in Herbergen für Migrant:innen im Bundesstaat Oaxaca die Bedarfe nicaraguanischer Geflüchteter an medizinischer Versorgung und psychologischer Unterstützung. Im zweiten Schritt geht es um den Ausbau von Strukturen zur Unterstützung von diesen und anderen Migrant:innen.

**Spendenstichwort: Mittelamerika**



Einschusslöcher zeugen von den wiederkehrenden bewaffneten Auseinandersetzungen in Ein el-Hilweh.

## Albtraum hinter Mauern

Libanon: Alternativen zur Gewalt in Camp Ein el-Hilweh

Zur Zeit wird zwar nicht mehr scharf geschossen, aber die Straßen sind immer noch leer, Shops geschlossen und die Menschen in Alarmbereitschaft. Im palästinensischen Camp Ein el-Hilweh im Süden des Libanons brachen Ende Juli heftige Kämpfe zwischen der Fatah und islamistischen Gruppen aus. Schon nach wenigen Tagen meldeten sich die medico-Partner von Nashet mit einem Foto, das deren am Eingang des Camps gelegenes Zentrum zeigt: mit Dutzenden Einschusslöchern. Nashet ist trotzdem unermüdlich aktiv gegen den selbstzerstörerischen Geist der Kämpfe, die nicht zum ersten Mal das Camp und die bis zu 100.000 Bewohner:innen heimsuchen. Für diese sind die Eskalationen jedes Mal ein Albtraum: Die libanesische Armee schließt die Eingänge und in den engen Gassen toben Kämpfe. Mindestens elf Menschen wurden bei den jüngsten Auseinandersetzungen getötet. medico unterstützt mit einer Nothilfe die Arbeit des Zentrums, in dem auch das Dachgarten-Projekt betreut wird.

**Spendenstichwort: Libanon**



# Weiter provisori- sch



Niemand der Betroffenen weiß, wie lange sie noch in Containern leben werden müssen.

## Türkei: Sechs Monate nach dem Erdbeben sind viele Menschen immer noch auf sich alleine gestellt. Eine Reportage

**Von Anita Starosta**

Die Bewohner:innen des kurdisch-alevitischen Bergdorfes in der Provinz Adiyaman haben die Erdbebennacht und die Folgen noch längst nicht verarbeitet. Aufgewühlt berichten sie uns von ihrem Alltag in dem auf fast 2.000 Höhenmetern gelegenen Dorf nach der Katastrophe: Die meisten Häuser des Dorfes wurden komplett zerstört, fünf Menschen sind in den Trümmern gestorben, weil sie nicht rechtzeitig geborgen werden konnten. Bei der Erinnerung an die Nacht des 6. Februars 2023 schießen den alten Frauen Tränen in die Augen. Damals war es bitterkalt. Die Tage und Nächte, die sie nach dem Erdbeben in zusammengezimmerten Unterkünten verbringen mussten, waren dramatisch. Es dauerte einige Tage, bis die ersten Freiwilligen das Dorf erreichten und Decken, Lebensmittel und Zelte brachten.

Ein Blick über das, was einmal das Dorf war, zeigt das Ausmaß der Katastrophe: Noch immer gleicht es einem Trümmerfeld. Die Häuser, die noch stehen, sind schwer beschädigt und Familien übernachten in provisorischen Anbauten. Dort haben sie Küchen und Lagerräume eingerichtet. Nur einmal waren staatliche Hilfsteams im Dorf, ein paar Container wurden geliefert, die im Sommer bei 45 Grad aber nicht bewohnbar sind. Auch die Schulcontainer sind ohne Klimaanlage nicht nutzbar. Die Frauen erzählen, dass ihnen angeboten wurde, vor-

läufig in ein Zelt- oder Containerlager in die Hauptstadt der Provinz zu ziehen. Das kommt für die Menschen, die seit Generationen in den Bergen leben und mit Land- und Viehwirtschaft ihre Existenz bestreiten, nicht infrage. So harren sie aus. Die versprochenen Aufräumarbeiten? Noch ist nichts geschehen. Wie es weitergehen soll, weiß niemand. Angst macht der Winter. In dieser Gegend ist er eisig kalt, Schnee liegt meist meterhoch. Die Frauen erzählen, dass sich allein die freiwilligen Helfer:innen kurdischer Organisationen gekümmert und Lebensmittelpakete geliefert haben.

Wiederaufbau? Dauert

Die Gespräche in dem Bergdorf in Adiyaman stehen exemplarisch für zahlreiche Begegnungen auf unserer Reise durch eine zerstörte Region. Es ist Ende Juli und das Erdbeben nun fast ein halbes Jahr her. Gemeinsam mit einer Partnerorganisation fahren wir in wenigen Tagen über 3.000 Kilometer mit dem Auto. Die Städte und teils abgelegenen Dörfer, durch die wir kommen, liegen in fünf der elf betroffenen Provinzen in der Südtürkei. In Hatay, Kahramanmaraş, Elbistan, Malatya und Diyarbakır sprechen wir mit Überlebenden und Obdachlosen, aber auch mit freiwilligen Helfer:innen und medico-Partner:innen.

Die Fläche in der syrisch-türkischen Grenzregion, die durch das Erdbeben verwüstet wurde, ist fast so groß wie Deutschland. Ganze Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht, Zehntausende verloren ihr Leben, Millionen ihr Zuhause. Hilfe kam in vielen betroffenen Gebieten zu spät oder gar nicht an. Sechs Monate später ist die Situation immer noch extrem schwierig und angespannt. Über neun Millionen Menschen sind von den Folgen des Erdbebens betroffen, 5,2 Millionen sind laut UN hilfsbedürftig. Mehr als zwei Millionen Menschen haben ihre Heimatstädte verlassen. So lauten zumindest die Schätzungen, ganz genau weiß es niemand.

### Container, Lager, extreme Hitze

Schon zur Mittagszeit klettert das Thermometer auf über 40 Grad. Für Hunderttausende Menschen, die seit fast sechs Monaten in Containern und Zelten leben, ist das eine extreme, zusätzliche Belastung. Auch die Südtürkei hat eine außergewöhnliche Hitzewelle erfasst. Antakya, wo bis zum 6. Februar rund 200.000 Menschen lebten, ist fast unbewohnbar geworden. Über der Stadt hängt durch die Abrissarbeiten eine trockene Staubwolke. Ganze Häuserblocks sind bereits abgetragen worden. Wo in der geschichtsträchtigen Altstadt einmal dichtes Leben herrschte, klafft nun eine riesige Lücke. In anderen Städten der Provinz Hatay sieht es ähnlich aus, nur sind hier viel weniger Bagger oder Abrissgeräte unterwegs. Die Arbeiten kommen nur schleppend voran. Über Wiederaufbau redet noch niemand. Allen ist klar, dass es Jahre bis Jahrzehnte dauern wird.

Wer keine private Alternative hat, muss in Zelt- und Containerlagern über die Runden kommen. Vielköpfige Familien müssen sich 17 Quadratmeter große Provisorien teilen, nicht immer haben die Container eine Klimaanlage, die hy-

gienische Situation ist schlecht. Mit Unterstützung von medico will die Frauenorganisation ROSA in Adiyaman rechtliche und psychosoziale Beratung anbieten. Die Aktivistin Dilar – sie kommt aus Adiyaman und hat das Erdbeben vor Ort miterlebt – erzählt, dass es meist die Frauen sind, die den familiären Alltag organisieren, obwohl viele gleichzeitig mit dem Verlust von Familienangehörigen klarkommen müssen. Viele ihrer Freundinnen lebten nun in den Containern. Weil es zu Übergriffen gekommen ist, vermeiden manche, diese alleine zu verlassen.

Auch in anderen größeren Städten treffen wir auf lokale Helfer:innen. Sie tun ihr Bestes und kümmern sich um diejenigen, die nicht ausreichend Hilfe bekommen oder von staatlichen Stellen benachteiligt werden. Die absoluten Verlierer:innen sind die etwa 1,7 Millionen Geflüchteten aus Syrien. Die meisten von ihnen hatten schon vor dem Beben kaum eine Perspektive. Gleichzeitig sind sie seit geraumer Zeit Zielscheibe rassistischer Ausgrenzung. Im Wahlkampf haben die Parteien die Stimmung gegen sie nochmals angeheizt. Nach dem Erdbeben wurden sie erst beschuldigt zu plündern und dann in die am schlechtesten ausgestatteten Zeltlager gebracht. Das erzählt uns ein syrischer Mann, den wir am Zaun eines solchen Lagers ansprechen. Er klingt verzweifelt. Nicht einmal Zugang zu Wasser und Nahrung sei gewährleistet gewesen. Zwar waren kurzzeitig die Grenzen nach Syrien geöffnet. Doch um diesen Menschen eine Perspektive zu bieten, müssten andere Grenzen geöffnet werden. Es braucht eine europäische Antwort.

Hilfe von unten, von Anfang an

Lokale, zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich inzwischen als „Solidaritätsverein“ in Diyarbakır zusammengetan. Ihr Ziel ist es,



Bedarfe zu ermitteln und die Hilfe über die Regionen hinweg zu koordinieren. Das berichtet uns ihr neuer Vorsitzender Muzaffer im Büro in Diyarbakir. Schon den ersten Tag nach dem Beben hatte es umfangreiche zivilgesellschaftlich organisierte Hilfe gegeben. In den betroffenen Provinzen waren Krisenstäbe entstanden, wurden Hilfstransporte gepackt und Lieferungen dort verteilt, wo staatliche Hilfe nicht ankam. Beteiligt waren Gewerkschaften, Ärzteverbände, Frauen- und Kinderorganisationen, alevitische Vereine, kurdische Organisationen, Anwält:innen und Journalist:innen. Trotz der großen Not wurde diese Hilfe von unten immer wieder von Polizei sowie Militär blockiert und kriminalisiert. Selbstorganisation war vom Staat nicht gewollt. Der Solidaritätsverein will die durch medico-Spenden unterstützte solidarische Hilfe dennoch ausweiten und längerfristig fortsetzen. Das ist auch deshalb notwendig, weil staatliche Unterstützung weiterhin politisch instrumentalisiert wird: Bis heute wird sie vielen kurdischen Orten, alevitischen Gemeinden oder Dörfern anderer ethnischer bzw. religiöser Minderheiten, die der Regierung nicht nahestehen, vorenthalten. Oft trifft es Communities, die schon zuvor unter Verfolgung und Diskriminierung gelitten haben.

haben. Die Versprechen, die Erdoğan vor der Türkeiwahl im Mai gegeben hat – schneller Wiederaufbau, Entschädigungszahlungen und direkte Hilfe –, haben zu seinem Wahlsieg beigetragen. Das Staatsversagen bei der Koordinierung der Bergung von Verschütteten, die Skandale in der Baubranche und der Missbrauch der Erdbebensteuer – all das schien vergessen. Sogar im Erdbebengebiet stimmte eine Mehrheit für Erdoğan, auf den Trümmern wurde sein Sieg gefeiert. Die Verantwortung, die die Regierung für die verheerenden Folgen des Bebens trägt, und das Missmanagement bei der Nothilfe: In der noch einmal deutlich nach rechts gerückten Regierungskonstellation wird nichts davon aufgearbeitet werden. Mit den Folgen wird die Gesellschaft auch deshalb noch lange zu kämpfen haben.



Anita Starosta ist in der Öffentlichkeitsarbeit von medico für die Türkei, Nordsyrien und den Irak zuständig. Sie hat die vom Erdbeben betroffene Region mehrfach besucht, zuletzt Ende Juli.

## Das Regime profitiert

Infolge des Erbebens droht sich die strukturelle Benachteiligung der kurdischen Bevölkerung und anderer Minderheiten zu verstärken. Mehr noch: Der Staat scheint die Gelegenheit zu nutzen, die „oppositionellen“ Gebiete zu schwächen. Eben das fürchtet auch Muzaffer vom Solidaritätsverein. Behörden würden versuchen, Bewohner:innen alter, traditioneller kurdischer Dörfer zu einem Umzug in Städte zu bewegen. Die türkische AKP-Regierung macht also Katastrophen-Politik. Und sie scheint ihre Macht sogar durch das Erdbeben gerettet zu

**Vielen Widerständen zum Trotz leisten lokale Partner:innen von medico seit Monaten Nothilfe, auch und gerade dort, wo internationale Hilfe kaum hinkommt. Sie planen außerdem nachhaltige Unterstützungen in der Region: psychosoziale Hilfe, medizinische Versorgung und Perspektiven für den Wiederaufbau. Daneben geht es um politische Solidarität: zur Durchsetzung des Rechts auf Hilfe aller; und zur Schaffung von Perspektiven für Menschen, die alles verloren haben – sei es vor Ort, sei es hier.**

**Spendenstichwort: Nothilfe Erdbeben**

## Zum Tod unseres Freundes und Kollegen Dieter Müller. Ein Nachruf



Foto: medico

Würde man der politischen Post-68er-Generation, die heute herablassend als „Boomer“ bezeichnet wird, ein persönliches Denkmal setzen, wäre Dieter Müller seine Verkörperung. Das steht hier nicht, weil man in Nachrufen immer übertreibt. Nein, Dieter war ein in Italien und Spanien aufgewachsener polyglotter Internationalist, dessen Heimat die Bewegung derer war, die sich für eine andere, gerechtere Welt einsetzten. Im Gegensatz zu den 68ern, die mit der Vietnam-Solidarität wenig von Vietnam, aber viel vom Imperialismus wussten, kannte sich Dieter bis in die kleinste Verästelung politischer und ökonomischer Verhältnisse dort aus, wo er erst politisch aktiv war, um dann diese Politik zu Beruf und Berufung zu machen. Er war wie viele seiner Generation aktiv in der Solidaritätsbewegung mit den Befreiungsbewegungen in Mittelamerika und engagierte sich insbesondere für Guatemala. So kam er 1988 zu medico international. Über 30 Jahre lang war er in der Projektarbeit tätig, vom Mittelamerika-Referent über die Leitung der Projektabteilung bis zur Leitungsverantwortung für verschiedene Außenbüros. Nie ging es Dieter um Titel und Posten. Er wollte dort sein, wo er am nützlichsten war.

Wer neu zu medico kam, der musste mit Dieter sprechen, um das Herz von medico zu verstehen: die unbedingte Solidarität mit den Ausgeschlossenen, Ausgestoßenen und arm Gehaltene. Das hieß bei Dieter auch, rückhaltlos die Fehler und das Versagen politischer Organisationen zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie vorgaben, in deren Namen zu sprechen und doch vor allen Dingen eigene Interessen verfolgten. Wer mit Dieter Projektpartner:innen kennenlernen wollte, musste sich von der jeweiligen Hauptstadt weg bewegen. Dieter verachtete die zunehmend professionalisierte Entwicklungshilfe, die in den Hauptstädten des Südens zur Expat-Elite wurde. Er forderte von sich und anderen, sich ins Handgemenge der Ausschlusszonen zu begeben und sich dort mit den Menschen in deren komplexen Lebenswirklichkeiten zu bewegen.

Mit Unterstützung von Dieter entstand bei medico die Idee und Praxis der Inseln der Vernunft. Ein Beispiel war die Zusammenarbeit mit der guatemaltekischen Gesundheits- und Gemeinwesen-Organisation ACCSS. Mit seinen Freunden Elisabeth und Humbert, die er noch aus der Untergrundbewegung in Guatemala kannte, arbeitete er über Jahrzehnte an der Reparation einer vom Bürgerkrieg geschundenen Grenzregion Guatemalas zu Mexiko. Gemeinsam organisierten sie die Rückkehr von guatemaltekischen Flüchtlingen, kümmerten sich um die Wiederansiedlung geheimer Dörfer, die sich im Urwald vor dem Bürgerkrieg versteckt hatten, machten aus den auf der Flucht erlernten Fähigkeiten Berufsbilder, darunter die Ausbildung von Gesundheitspromotoren. In der verlassenen Provinz Ixcán errichteten sie ein ökologisches Vorzeigezentrum zur Ausbildung Jugendlicher.

Der Wille, solcherlei Inseln als Widerstandsnester gegen die Verwahrlosung und Vernachlässigung zu errichten, stand gegen jede Idee einer markt- und marketinggerechten Projektarbeit. Ihm ging es immer um die bedächtige und vorsichtige Unterstützung derer, die Ideen einer emanzipatorischen Veränderung in die Tat umsetzen wollten. So etwas lange, klug und immer lernend zu begleiten, war Dieters Lebenselixier. Als Dieter für medico ins Westjordanland ging, schien das eher ein Job, um seine Erfahrung in der Durchführung staatlich unterstützter Projekte zu nutzen. Er war eben auch ein sorgfältiger, mit allen Tücken des Abrechnungswesens vertrauter Projektarbeiter. Und trotzdem mied er auch in Ramallah die Blase aus internationalen Nichtregierungsorganisationen. Stattdessen fuhr er regelmäßig in den Gazastreifen und traf dort palästinensische Kolleg:innen, die wie er an einem aufgegebenen Teil der Erde ausharren, weil es ihr akzeptierter Auftrag ist. Wer heute nach der Zukunft einer solidarischen Hilfe in katastrophalen Zeiten fragt, der kann eine Antwort in dieser Haltung finden.

Wie Dieter dieses unbedingte Leben in der Welt mit seinem Familienleben verband, bleibt ein Rätsel. Seine Frau Carmen, seine Kinder Chantal und Aljoscha und seine vier Enkel waren sein Haltepunkt in der andauernden Beschäftigung mit dem Unrecht und der Zerstörung, die [Neo-]Kolonialismus angerichtet haben und anrichten. Als Dieter nach über 30 Jahren medico verließ, war dies nur auszuhalten, weil er als Büroleiter für die Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Mexiko ging. Wieder nach Lateinamerika, in seine zweite Heimat. Er war glücklich, reiste viel, wieder auch in sein geliebtes Guatemala. Er arbeitete wie immer – Tag und Nacht.

Nach kurzer schwerer Krankheit ist Dieter Müller am 12. August 2023 in Mexiko-Stadt viel zu früh gestorben. Wir sind untröstlich über den Verlust eines Unbeugsamen und in Gedanken bei seiner Familie und Wahlverwandtschaft.

*Die Kolleg:innen von medico international*



# Weit der G

In El Salvador hat der autoritäre Präsident Bukele ein Gefängnis für 40.000 Gang-Mitglieder bauen lassen. Berichte über Menschenrechtsverletzungen häufen sich.



# Gefängnisse

Nicht nur in Diktaturen lautet die Antwort auf soziale Probleme und politische Bewegungen immer häufiger: Gefängnis. Über die Ausprägungen eines weltweiten Phänomens in der MENA-Region, in Brasilien, Russland und in Europa

## Eine Konferenz zur Frage, warum Gefängnisse ein Schlüssel sind, um die heutige Welt zu verstehen

**Von Mario Neumann**

Wenn man etwas über eine Gesellschaft wissen möchte, sollte man sich ihre Gefängnisse anschauen, sagt eine alte Weisheit. Das gilt auch und insbesondere in der sogenannten MENA-Region, also in den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas. So zumindest lautet die These des MENA Prison Forums (MPF), einem interdisziplinären Projekt, das medicos Partnerorganisation UMAM aus Beirut vor einigen Jahren ins Leben gerufen hat.

### Das MENA Prison Forum

Monika Borgmann und Lokman Slim, die Gründer:innen des MPF, drehten mit ehemaligen libanesischen Häftlingen des syrischen Gefängnisses Tadmor den gleichnamigen Film. Während der Dreharbeiten und nach Fertigstellung des Films 2016 waren sie konfrontiert mit der Kontinuität des Gefängnisses in der Region, das nicht zuletzt als Reaktion auf die im Jahr 2011 begonnenen Aufstände noch an Bedeutung gewonnen hatte. „Das Thema ließ uns nicht mehr los. Die verschwundene Revolution, die Gefängnisse der Region, insbesondere die des Assad-Regimes: Fast überall, ob in Syrien, in Ägypten oder in Tunesien, bekam das Gefängnis eine zentralere, mehr und mehr öffentliche Rolle. Deswegen haben wir fast ein Jahr reflektiert, wie wir mit dieser

immer offensichtlicheren Tatsache umgehen können. Und so ist das MPF entstanden“, erklärt Borgmann.

Das Gefängnis verstehen zu wollen, ist kein abseitiges Gedankenspiel. Es ist vielmehr ein Schlüssel zum Verständnis einer Gesellschaft und eines Regimes. Man sieht die Welt vom Gefängnis aus mit anderen Augen. Doch das ist nicht einfach, denn den üblichen Methoden der Forschung und Dokumentation bleiben die dicken Wände verschlossen. Zunehmend jedoch veröffentlichen ehemalige Häftlinge ihre Erinnerungen. Das MPF initiierte daher einen Prozess mit ehemaligen Häftlingen, Menschenrechtsaktivist:innen, Kunstschaffenden, Filmemacher:innen, Anwält:innen und anderen, um den Komplex von Gefängnis, Folter und Trauma zu entschlüsseln.

Einer der vielen, die von ihren Jahren im Gefängnis schreiben und auch dem MPF verbunden sind, ist Yassin al-Haj Saleh. Sie haben vielleicht seinen Text in diesem oder in anderen rundschreiben gelesen. Er war von 1980 bis 1996 in Syrien inhaftiert, die letzten Jahre im oben bereits erwähnten Gefängnis Tadmor. Soll man hier noch einmal an die Hölle und die Qualen der syrischen Gefängnisse erinnern und die Foltermethoden – unter ihnen der „Deutsche Stuhl“ – aufzählen, die Zahlen der





Szene aus dem Film „Tadmor“, mit dem die Gründer:innen des MENA Prison Forums, Monika Borgmann und Lokman Slim, den Überlebenden des berüchtigten syrischen Foltergefängnisses eine Stimme gaben.

Verschwundenen und Vermissten, der Getöteten und Inhaftierten auflisten, das Leid der Familien und Freunde aufschreiben? Beim Prozess in Koblenz zu syrischer Staatsfolter konnte man Berichte von dem Grauen hören, das ein Regime begeht, dessen Charakter in Deutschland immer noch von vielen bestritten wird, auch von Linken. Der von medico unterstützte Podcast Branch 251 berichtet von diesem Prozess, Monika Borgmann und das MPF haben ihn abgeschrieben und jetzt als Buch herausgebracht, in Arabisch und Englisch: „A Podcast to read“. Jede einzelne Seite ist unerträglich. Borgmanns Mann Lokman Slim hat das nicht mehr erlebt, er wurde im Libanon erschossen. Die Täter sind bislang nicht gefasst, doch ein politischer Mord war es allemal, nicht der erste und nicht der letzte im Libanon.

### Internationale der Grausamkeit

Yassin al-Haj Saleh besteht trotz der teils unbeschreiblichen Grausamkeit der syrischen Erfahrungen darauf, dass sie nicht einzigartig und unvergleichlich sind, sondern sich vermitteln und in andere Kontexte übersetzen lassen. „Es scheint, dass Traumata die Menschen an ihre eigene Geschichte binden, von der sie fälschlicherweise glauben, sie sei einzigartig. Hätte das Trauma eine Zunge, würde es seine Einzigartigkeit verkünden und beanspruchen, ein absoluter Anfang zu sein.“ Dem müsse man widersprechen. Die syrischen Verhältnisse müssten, so sagt er, „entprovinzialisiert“ werden in einer Welt, die sich „zu syrisieren scheint“.

Nicht nur in syrischen Gefängnissen wird gefoltert. Monika Borgmann, die unzählige Ge-

schichten darüber gehört und gesammelt hat, erzählt: Repressions- und Foltermethoden zirkulieren durch alle Welt, sie werden von einer Internationale der Grausamkeit weitergegeben. Und nicht nur das. „Es gibt die psychologische Folter und es gibt die physische Folter. Der Fantasie der Täter und der repressiven Systeme sind keine Grenzen gesetzt. Ich erinnere mich an einen Bericht über inoffizielle Gefängnisse, wo einfach mit Kälte gefoltert wurde. Das heißt, du brauchst nichts, du setzt nur Leute extremer Kälte aus. Irgendwie entwickeln sich diese ganzen Foltermethoden wie sich die forensische Medizin entwickelt.“ Wer so etwas erlebe, habe das Gefängnis für immer in sich, auch außerhalb der Gefängnismauern noch.

#### Und Europa?

Wenn man bei aller Unvergleichbarkeit über Ähnlichkeiten und Kontinuitäten nachdenkt, wie Yassin al-Haj Saleh fordert, und zum Beispiel auf die europäisch-ägyptischen Beziehungen schaut, fällt auf: Seit Jahren schlagen Menschenrechtsorganisationen Alarm. Ein Bericht über Folter, unfaire Prozesse, überbelegte Knäste und Unterversorgung jagt den nächsten. Und dennoch unterhält die Bundesregierung beste Beziehungen zum ägyptischen Regime, nicht zuletzt um Geflüchtete fernzuhalten. Die Lager, in denen diejenigen, die trotzdem bis nach Europa gelangen, dann eingesperrt werden, sind voll, nicht zuletzt von Menschen, die vor der Gefahr der Inhaftierung und Repression in Ägypten geflohen sind. Das Gefängnis der MENA-Region ist so gesehen nicht nur Dreh- und Angelpunkt der Repression der dortigen Regime und ihrer Stabilität. Es dehnt sich auch nach Europa aus. Mit den Bewegungen der Menschen wandern auch die Gefängnisse um die Welt. Auch das kann „syrisieren“ bedeuten.

Auch im Westen spielt die Politik des Gefängnisses eine wachsende Rolle. Nicht selten ist sie mit kolonialen und rassistischen Traditionen verwoben. Das prominenteste Beispiel: Innerhalb von vier Jahrzehnten hat sich die Gefängnispopulation in den USA versiebenfacht. Die Wahrscheinlichkeit, im Gefängnis zu landen, ist für Schwarze in den USA sechs Mal so hoch wie für Weiße. Hier wie dort gilt: Das Gefängnis ist ein Ort, der die Welt draußen prägt und auf sie Einfluss nimmt. An dem immer wieder neue Ideen, Bewegungen oder auch Clans entstehen, wo zugleich Kultur, Musik und Literatur produziert werden. Die Muslimbrüder in Ägypten sind im Gefängnis entstanden. Das Kartell Comandante Vermelho, dessen Tausende Mitglieder Rio de Janeiros Favelas beherrschen, wurde im Gefängnis gegründet. Und noch etwas: Während in unseren Breitengraden für die Entstehung persönlicher Hoffnungslosigkeit manchmal deprimierende Schlagzeilen ausreichen, bauten Gefangene in der Hölle der syrischen Foltergefängnisse in den 1980er-Jahren Instrumente aus abgekauten Hühnerknochen, Müll und dem, was ihnen sonst so blieb, und sangen Lieder von Freiheit. Sie werden im Rahmen der Konferenz in Berlin zu hören und zu sehen sein.

*Mario Neumann begleitet für medico seit einigen Jahren das MENA Prison Forum. Mit Monika Borgmann vom MPF und Margarita Tsomou vom Theater HAU – Hebbel am Ufer kuratiert er die Konferenz „Understanding Prison“.*



**Konferenz: Gefängnis und  
Menschenrechte in der MENA-Region**

# **UNDERSTANDING PRISON**

**30. November bis 2. Dezember 2023 im HAU in Berlin**

**Ehemalige Gefangene, Filmemacher:innen, Aktivist:innen, Wissenschaftler:innen, Jurist:innen und Kunstschaffende berichten, präsentieren, diskutieren und stellen aus.**

Das MENA Prison Forum, medico international und das Theater HAU – Hebbel am Ufer veranstalten die Konferenz „Understanding Prison: Carceral Culture and Human Rights in the MENA Region“. Anlässlich des 75. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und ausgehend von der These, dass Gefängnisse eine Schlüsselrolle zum Verständnis der Region und der Welt spielen, wird im HAU an drei Tagen in unterschiedlichen Formaten und interdisziplinär die Kultur des Gefängnisses und die Selbstbehauptung der Inhaftierten beleuchtet.

**Podiumsveranstaltungen, Workshops, Konzert, Film, Buchpräsentation, Ausstellung und Präsentation mit: Syrian Prison Song Musicians, Yassin al-Haj Saleh, Mithat Sancar, Anwar Al-Bunni, Eyal Weizman, Franziska Grillmeier, Mina Khani, Wafa Moustapha, Wolfgang Kaleck, Fritz Streiff, Jaber Baker, Uğur Ümit Üngör, Maria Hartmann, Amer Matar, Hossam Hamalawy, Mathias Ghyoot, Bente Scheller, Jad Yateem, Andrew Jefferson, Tomas Max Martin, Patrick Kroker, Anne-Marie McManus, Susanne Buckley-Zistel und anderen.**

**Weitere Informationen unter  
[www.medico.de/understanding-prison](http://www.medico.de/understanding-prison)**

# Abolitionismus oder Accountability?

Gefängnisse sind Institutionen des Unrechts.  
Doch können sie auch Gerechtigkeit schaffen?

Von Mina Ibrahim und Stella Peisch

Brauchen wir Gefängnisse? Wie können wir uns in Zeiten von autoritärer Herrschaft und Straflosigkeit einerseits, aber auch in Zeiten der Forderung nach Transitional Justice und Aufständen gegen diese Herrschaft andererseits zu Gefängnissen und Inhaftierung verhalten? Bei der Beantwortung dieser Frage ist das MENA Prison Forum daran interessiert, neben den unterschiedlichen Auswirkungen von Gefängnissen im Nahen Osten und Nordafrika auch zu klären, wer überhaupt gemeint ist, wenn von „Wir“ die Rede ist. Denn Gefängnisse haben für die verschiedenen Akteur:innen, mit denen das MENA Prison Forum in den vergangenen dreieinhalb Jahren zusammengearbeitet hat, unterschiedliche Bedeutungen.

Während sich nahezu weltweit die Grenzen des Gefängnisses als Methode der Bestrafung zeigen, ist es wichtig, darüber nachzudenken, was das bestehende Gefängnissystem für Aktivist:innen und ehemalige Gefangene bedeutet, die für Gerechtigkeit kämpfen. Wenn die abolitionistische Bewegung zur Abschaffung von Gefängnissen darauf abzielt, Haftanstalten durch alternative Formen der Rehabilitation zu ersetzen – eine Aussicht, die nicht unmöglich zu erreichen ist –, sollte man nicht die Tat-

sache außer Acht lassen, dass Gefängnisstrafen für Folterer, Kriegsverbrecher und andere für viele Aktivist:innen eine Antwort auf das erlittene Unrecht sind, das gegenwärtig häufig von einer Kultur der Straflosigkeit neutralisiert wird. Besonders in der MENA-Region.

Einige Jahre vor der Entstehung des MENA Prison Forums drehten seine Gründer Monika Borgmann und Lokman Slim den Film *Tadmor*, der die Grausamkeiten eines der schlimmsten Gefängnisse der Welt nachzeichnet: Die Bezeichnung „Todeslager“ ist für dieses syrische Gefängnis nicht übertrieben. Der Film reiht sich in andere künstlerische Projekte, Menschenrechtsberichte und akademische Schriften ein, die das mörderische Gesicht der aufeinanderfolgenden Regime von Hafez Al-Assad und seinem Sohn enthüllen. Vor allem nach den Aufständen von 2011 haben ehemalige syrische, libanesische und palästinensische Gefangene, die lange Jahre ihres Lebens in den Gefängnissen des Baath-Regimes verbracht haben, auf vielfältige Weise begonnen, sich gegen den Terror zu wehren. Hunderttausende Syrer:innen kamen in Europa an; viele von ihnen entschieden sich, nicht als passive Flüchtlinge zu leben, sondern die bestehenden Institutionen

und Rechtssysteme zu nutzen, um eine bessere Zukunft für die kommenden Generationen aufzubauen. Zu diesen Verfahren gehörte auch der bedeutende Koblenzer Prozess, der im April 2020 begann und in dem zwei ehemalige syrische Geheimdienstoffiziere wegen zahlreicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Nicht nur für ehemalige Gefangene und Überlebende von Folter stellte das eine Art Hoffnung dar, sondern auch für die Angehörigen derjenigen, die noch immer im Gefängnis sind oder dort gestorben sind.

### Ressource gegen Straflosigkeit

Juristische Auseinandersetzungen wie die in Koblenz sind in Zeiten politischer Krisen der Schlüssel zum Verständnis der Bedeutung von Gefängnissen für den Aufbau einer gerechteren Welt, in der Täter:innen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, für ihre Verbrechen belangt werden. Während Gefängnisse in der MENA-Region diejenigen bestrafen, wenn nicht sogar töten, die auch nur die grundlegendsten Rechte und Bedürfnisse einfordern, können sie auch als Ressource gedacht werden, um der Kultur der Straflosigkeit entgegenzuwirken. Im Irak gelang es dem Fotojournalisten Ali Arkady, eine Kampagne anzustoßen, die Omar Nizar vor Gericht brachte. Dem Oberstleutnant der irakischen Polizei werden Mord und Folter während des Mosul-Krieges und der Oktoberproteste 2019 vorgeworfen. Er wurde von den irakischen Behörden festgenommen, nachdem ihn Fotos und Videos als Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen belasteten.

Der laufende Prozess reiht sich in ähnliche regionale Bemühungen ein. Fast ein Jahr nach der Ermordung des MENA Prison Forum-Gründers Lokman Slim im Februar 2021 wurde die Lokman Slim Foundation in Beirut gegründet,

um gegen das Versagen der Justizsysteme in den arabischen Ländern vorzugehen, die es nicht schaffen, die Urheber:innen politischer Morde zur Rechenschaft zu ziehen. Nach den verschiedenen Phasen des sogenannten Arabischen Frühlings feierten Revolutionär:innen und Aktivist:innen die Inhaftierung ehemaliger Präsidenten, Minister und Staatsmänner im Sudan, in Libyen, Ägypten und Tunesien. Obwohl das Vertrauen in die Justizsysteme dieser Länder, insbesondere nach den brutalen Militärputschen und der konterrevolutionären Politik, die echte Demokratisierungsprozesse behindert haben, gering ist, spiegeln diese Verhaftungen alternative, wenn auch kurze, erlösende politische Vorstellungswelten wider.

In dieser Hinsicht stellt dieser kurze Artikel den Auftakt zu einer längeren Debatte dar, die das MENA Prison Forum mit Forscher:innen, Aktivist:innen und Künstler:innen führen möchte. Sprechen wir von ein und demselben Gefängnis, wenn es einerseits um die Anfechtung der gegenwärtigen, von den autoritären Regimen der MENA-Region verwalteten Gefängnisssysteme geht und andererseits um die Bemühungen, die Straflosigkeit zu beenden? Die Forderung nach Abschaffung der Gefängnisse kann den Schmerz lindern, den Missbrauch, Folter, Vergewaltigung oder der Tod in Haft verursachten. Aber wie steht das im Verhältnis zum Wunsch nach Gerechtigkeit und nach Strafmaßnahmen für diejenigen, die unermessliche Gewalt verursacht haben?

*Mina Ibrahim ist Anthropologin, Stella Peisch Politologin. Beide sind im MENA Prison Forum aktiv. Dieser Beitrag ist zuerst in dessen Blog erschienen – siehe [menaprisonforum.org](http://menaprisonforum.org).*

# Knast statt Asyl

In Griechenland werden Geflüchtete unter dem Vorwurf der Schlepperei drakonisch abgeurteilt – im Schnitt zu 46 Jahren Haft. Ein Gespräch über die Abschreckungspolitik der EU



Fotos: Privat



Die Politikwissenschaftlerin Julia Winkler (li.) ist bei der NGO *borderline-europe* aktiv und hat zusammen mit Lotta Mayr die Studie „Ein rechtsfreier Raum“ erstellt. An dieser hat auch Natasha Dailiani (re.) mitgewirkt, die als Rechtsanwältin bei der medico-Partnerorganisation Legal Centre Lesvos Rechtsbeistand für Flüchtende leistet.

**Am 14. Juni 2023 sank im Ionischen Meer vor der griechischen Stadt Pylos der Fischtrawler „Adriana“ mit Hunderten Geflüchteten an Bord. Über 600 Menschen starben. Es gibt Schilderungen, denen zufolge die griechische Küstenwache erhebliche Mitschuld trägt. Festgenommen aber wurden neun Überlebende aus Ägypten. Der Vorwurf: Schlepperei und Menschenschmuggel. Was ist davon zu halten?**

*Julia Winkler:* Das ist kein Einzelfall, im Gegenteil: Unsere Studie zeigt viele Fälle, in denen Geflüchtete in Griechenland festgenommen

werden, nachdem sie angekommen sind – und zwar unabhängig davon, welche Rolle sie bei der Einreise gespielt haben.

*Natasha Dailiani:* Es wird nicht gefragt, wer die Überfahrt bzw. Fahrt organisiert hat oder wer davon profitiert, sondern wer das Auto oder Boot gesteuert hat. Kommt ein Schiff an, wollen die Beamten der Küstenwache von den Ankommenden wissen, wer die Steuerpinne in der Hand hielt. Oft lassen sich die Menschen nach der anstrengenden und lebensgefährlichen Überfahrt einschüchtern und deuten dann irgendjemanden aus. So war das auch bei den neun Ägyptern. Wir als Legal Centre Lesvos sind Teil ihres Verteidigungsteams, und Aufgabe des Verfahrens wird nun sein, solche Fragen zu klären.

**Ist es denn realistisch, dass diejenigen, die die Überfahrten organisieren, selber an Bord sind und sich den Gefahren, auch der einer Verhaftung aussetzen?**

*Dailiani:* Es ist sehr unrealistisch. Aussagen in der Studie belegen: Die Schmuggler fahren allenfalls am Anfang kurz mit, dann kehren sie an Land zurück. Befindet sich das Boot auf hoher See, muss dann halt jemand ans Steuer. Irgendjemand muss die Verantwortung übernehmen – für sich, für die eigene Familie und auch für die anderen Passagiere.

## **Warum kriminalisiert der griechische Staat diese Menschen?**

*Winkler:* Es handelt sich um ein Instrument der Abschreckung. Unerlaubte Einreise wird so durch die Hintertür zu einem Schwerverbrechen gemacht, das teilweise härter geahndet wird als Mord. Menschen werden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein weiterer Grund für die Kriminalisierung liegt sicherlich darin, Zahlen präsentieren zu können. Der „Kampf gegen Schmuggel“ ist ein politisches Narrativ, mit dem alle für alles verantwortlich gemacht werden können. Die Toten im Mittelmeer, die hohen Ankunfts zahlen von Geflüchteten: Immer ist „der Schmuggler“ schuld. Zudem sind Menschen, die ankommen, Teil einer Gruppe, die sich strukturell nur sehr schwer dagegen wehren kann, wenn ihre Rechte missachtet werden. Bei einer Tragödie wie dem Schiffsuntergang vor Pylos müssen der Öffentlichkeit Schuldige präsentiert werden, um von der Verantwortung der griechischen und europäischen Behörden abzulenken.

*Dailiani:* Neben der Abschreckung dient die Kriminalisierung auch der Erzählung, dass die Geflüchteten selber schuld seien an dem Furchtbaren, was ihnen widerfährt. Die Verantwortung soll ihnen in die Schuhe geschoben werden.

## **Für die Studie habt ihr 81 Gerichtsverfahren gegen vermeintliche Schmuggler – alle Männer – beobachtet und analysiert. Was habt ihr dabei festgestellt?**

*Winkler:* Zum einen konnten wir zeigen, dass das reine Identifizieren von jemandem, der am Steuer gestanden haben soll, als Straftatbestand ausreichend ist, um vor Gericht gestellt zu werden. Zum Zweiten haben wir festgestellt, dass diese Verhaftungen und die folgenden Prozesse aus rechtsstaatlicher Perspektive höchst problematisch sind. Verhaftungen werden willkürlich vorgenommen. Zum Beispiel wird die Person festgenommen, die als einzige

eine andere Nationalität hat, als einzige Englisch spricht oder das Notrufsignal abgesetzt hat. Bei Verhören auf der Polizeistation haben die Beschuldigten in der Regel keinen Zugang zu Rechtsbeistand, auch die Übersetzung ist meist unzureichend. Und alle Menschen, mit denen wir sprachen, berichten von Gewalt – vor, während und nach den Verhören, bis hin zu Folter, etwa durch Schläge oder Essensentzug, durch die Geständnisse erzwungen wurden. Vielen wurden irgendwann Papiere zum Unterschreiben auf Griechisch vorgelegt, die sie nicht verstanden. Das passiert in der Phase der Verhaftung. Danach geht es meistens direkt zum Ermittlungs- und Untersuchungsrichter. In den von uns untersuchten Fällen kamen 84 Prozent aller verhafteten Menschen dann direkt in Untersuchungshaft.

*Dailiani:* Wir kennen auch Fälle, in denen überhaupt keine Beweise vorlagen und trotzdem jemand vor Gericht gestellt wurde. Zur Not spielt ein Beamter der griechischen Küstenwache den Zeugen und macht eine Aussage.

*Winkler:* Jeder fünfte Mensch, der in Griechenland in einem Gefängnis sitzt, tut dies wegen angeblichen Menschenschmuggels. Das sind derzeit über 2.000 Menschen. Unseren Recherchen zufolge sind es vorwiegend Drittstaatsangehörige – also Menschen aus Ländern, aus denen sie zuvor geflohen sind.

## **Was meint ihr, wenn ihr von abgesenkten Rechtsstandards sprecht?**

*Dailiani:* Die Gerichtsverfahren sind sehr problematisch. In den untersuchten Fällen dauerten sie im Schnitt gerade einmal 37 Minuten. Oft gibt es keine Zeit, um die Verteidigung vorzubereiten, und es fehlt ein juristischer Beistand bzw. dieser wird den Angeklagten erst zu Beginn des Prozesses zur Seite gestellt. Die Beschuldigten wurden im Schnitt zu 46 Jahren Haft sowie einer Geldstrafe von 330.000 Euro verurteilt. Das ist immens und Teil der Abschreckungspolitik. Sie geht Hand in Hand mit

illegalen Pushbacks. Immer wenn wir einen Anstieg der Pushbacks registrieren, werden zugleich mehr Menschen, die es bis nach Griechenland geschafft haben, als Schlepper kriminalisiert.

„Aufseiten der Behörden und Sicherheitskräfte scheint ein Gefühl der Straffreiheit zu herrschen. Man glaubt, alles tun und lassen zu können.“

### **Wie sieht es mit der Möglichkeit einer Berufung aus?**

*Dailiani:* Es gibt natürlich immer die zweite gerichtliche Instanz. Hier versuchen wir, all diese „Fehler“ zu berichtigen, und tatsächlich haben wir es schon geschafft, dass Menschen freigesprochen wurden. Wir hatten Zeit zur Vorbereitung und konnten die Akten einsehen. Aber in der Zwischenzeit sitzen die Menschen über Monate und Jahre im Gefängnis. Und oft klappt es auch nicht, das erstinstanzliche Urteil zu ändern.

*Winkler:* Wir haben den Eindruck, dass ein Gefühl der Straffreiheit aufseiten der Behörden und Sicherheitskräfte herrscht. Man glaubt, alles tun und lassen zu können, weil Rechtsbrüche keinerlei Konsequenzen haben. Das ist schockierend und beunruhigend.

### **Aufmerksamkeit für diese Zustände soll die Kampagne „Free Homayoun!“ schaffen. Worum geht es in diesem Fall?**

*Winkler:* Homayoun Sabetara ist ein älterer Mann, der aus dem Iran fliehen musste. Sein Ziel war Berlin, wo seine schon zuvor aus politischen Gründen geflohenen Töchter leben. Im August 2021 brachte ein Schmuggler ihn

und sieben weitere Fliehende mit einem Auto an die griechisch-türkische Grenze am Grenzfluss Evros. Dort ist der Schmuggler verschwunden. Also musste einer der Fliehenden das Fahrzeug fahren, anderenfalls hätten sie ohne Verpflegung im Wald festgesessen. Das übernahm Homayoun. Als er und die anderen von griechischen Sicherheitskräften aufgegriffen wurden, wurde er wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise angeklagt. Er kam auf die Polizeistation, wurde verhört und von einem Haftrichter in Untersuchungshaft genommen. Über eine längere Zeit konnte er niemanden kontaktieren, seine Töchter dachten, ihr Vater wäre bei der Flucht gestorben. Letztlich saß Homayoun mehr als ein Jahr in Untersuchungshaft. Sein erstinstanzliches Verfahren wurde dreimal verschoben, dreimal sind seine Töchter vergeblich aus Deutschland angereist. In diesem Fall gibt es zum Glück Familienmitglieder, die für ihn aussagen können. Homayoun hatte auch einen guten Anwalt. Dennoch wurde er im September 2022 zu 18 Jahren Haft verurteilt. Zwar hat sein Anwalt Berufung eingelegt, aber die hat in Griechenland keine haftaufschiebende Wirkung. Homayoun sitzt also immer noch im Gefängnis und sein Berufungsverfahren findet erst im April 2024 statt. Deswegen haben sich viele Organisationen zu der Kampagne zusammengetan.

### **Die Ergebnisse der Studie sind so empörend, dass sich die Frage aufdrängt: Was muss passieren, um die Situation zu verändern?**

*Winkler:* Die EU-Kommission hat Zahlen veröffentlicht, die zeigen, dass rund 90 Prozent der Menschen, die in der EU ankommen, die ganze oder einen Teil der Reise mit der Hilfe von Schmugglern zurücklegen müssen. Wer Schmuggel effektiv bekämpfen und verhindern will, muss also die Notwendigkeit dafür beenden. Es reicht aber nicht, unseren Kampf auf rechtlicher Ebene zu führen. Unser Appell



Kheiraldin, Abdallah und Mohamad wurden 2022 zu insgesamt 439 Jahren Haft verurteilt. Sie hatten spontan das Steuer des Bootes übernommen, das sie im Dezember 2021 nach Griechenland bringen sollte. Es kenterte, 18 Menschen starben.

ist vielmehr: Wir müssen uns gesamtgesellschaftlich für legale Einreisewege einsetzen. Dann muss niemand gegen seinen Willen ein Boot steuern, viel Geld zahlen und all die Risiken auf sich nehmen. Der EU geht es keinesfalls um das Wohlergehen der Menschen. Im Gegenteil, es sind oftmals Akteure wie libyische Milizen und Warlords, die von der EU viel Geld dafür bekommen, Boote mit Geflüchteten zu stoppen. Gleichzeitig sind es oftmals dieselben, die diese Boote überhaupt erst zur Verfügung stellen. Sie kassieren also doppelt ab. Das gesamte Narrativ des „Kampfes gegen den Schmuggel“ muss hinterfragt werden, und es braucht viel mehr Bewusstsein für das, was an den EU-Außengrenzen passiert.

*Die Studie „Ein rechtsfreier Raum“ steht auf der Website von [borderline-europe](http://borderline-europe.com) zum Download bereit. Sie ist außerdem Thema der neuen Folge des medico-Podcasts *Global Trouble*, zu hören unter [www.medico.de/podcast](http://www.medico.de/podcast).*

**Seit 2016 bietet das Legal Centre Lesbos Geflüchteten, die über den Seeweg aus der Türkei nach Lesbos kommen, kostenlose und individuelle Rechtsberatung an und geht gegen ihre Kriminalisierung vor. Diese Arbeit wird durch medico international unterstützt.**

*Das Gespräch führten Kerem Schamberger und Caspar Ermert.*

**Spendenstichwort: Flucht und Migration**

# Spuren der Sklaverei

Polizei und Gefängnis sind in Brasilien die zentralen Institutionen zur Kontrolle der verarmten schwarzen Bevölkerung

Von Vera Malaguti Batista

In den letzten Jahrzehnten konnten wir eine Zuspitzung dessen erleben, was Loïc Wacquant den „Strafenden Staat“ nennt. In seiner Analyse des Neoliberalismus zeigt er, dass wir keinem Zusammenbruch des Staates beiwohnen, sondern dessen Wandel vom Wohlfahrtsstaat zum Strafenden Staat beobachten können. Die Regierungen entzogen öffentlichen Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder Wohnungsbau die Finanzierung, um die Ausgaben auf die öffentliche Sicherheit zu konzentrieren. In Lateinamerika wurden die 1980er- und 1990er-Jahre als verlorene Jahrzehnte bezeichnet, so stark war der soziale Rückschritt zu jener Zeit. Dieses Phänomen führte auch zu einer Kriminalisierung von sozialen Konflikten, beruhend auf einer täglichen, von den monopolisierten Medien orchestrierten Indoktrination. Das Geschäft mit der öffentlichen Sicherheit entwickelte sich zu einem Wirtschaftskern dieses barbarischen Kapitalismus.

Das Gefängnis ist eine fabrikähnliche Einrichtung, die in Westeuropa zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert entstand. Gefängnisse haben nicht zuletzt das Ziel, die industrielle Reservearmee im Prozess der Kapitalakkumulation zu kontrollieren, wie Georg Rusche in seinem Werk „Strafe und Sozialstruktur“ zeigte. Im

heutigen Kapitalismus hat sich das Gefängnis zum zentralen Kontrolleur „gefährlicher“ und „unerwünschter“ Bevölkerungsgruppen entwickelt. Die Führungsriegen der Gefängnisse sind längst Teil der Avantgarde der liberalen Wirtschaften, und sogar an der Börse in New York vertreten.

Der Krieg gegen die Drogen hatte schwerwiegende Folgen auf unserem Kontinent – die Inhaftierungsrate explodierte, ebenso die Zahl tödlicher Polizeieinsätze. Seinen Anfang nahm dieser Krieg in den Vereinigten Staaten. Dort schuf er einen inneren Feind, Ausrüstung und Ausbildung wurde von den Streitkräften auf die Polizei übertragen. In Rio de Janeiro wird heute beispielsweise die Polícia Civil (vergleichbar mit der deutschen Kriminalpolizei, Anm. d. Ü.) von den Seals, einer Spezialeinheit der US-Marines, ausgebildet. Das ist eine neue Form der Besetzung der Stadt, in deren Folge sich die Armenviertel, Favelas und Vororte in Schlachtfelder verwandelt haben. Aus der hier lebenden und von der Wirtschaftskrise betroffenen Bevölkerung rekrutiert sich der Drogenhandel, dessen Produktion giftige Wolken mit tiefgreifenden Folgen für die Umwelt nach sich zieht. Auch 50 Jahre nach der Ausrufung des „war on drugs“ wurde allerdings



keines seiner erklärten Ziele erreicht: Weder die Produktion noch die Kommerzialisierung oder der Konsum von Drogen sind zurückgegangen. Aber das Ziel war ohnehin schon immer ein anderes: die brutale Kontrolle der von der Wirtschaftspolitik verarmten Bevölkerung. Das müssen wir verstehen und die Kritik an diesem Krieg politisieren.

### Strafrechtspolitik als Blutbad

In den letzten Wochen wurden wir Zeug:innen einer furchterregenden orchestrierten Mordserie in drei Bundesstaaten Brasiliens. Bei Einsätzen gegen den Drogenhandel tötete die Polizei in Bahia 18 Menschen, in São Paulo 16 Menschen und in Rio de Janeiro 10 Menschen. São Paulo und Rio de Janeiro werden von Anhängern des Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro regiert, in Bahia regiert aber die Arbeiterpartei

PT von Präsident Lula. Mit einigen rühmlichen Ausnahmen unterscheidet sich der linke Diskurs über das Thema öffentliche Sicherheit kaum vom Diskurs der Rechten. Der Linken mangelt es sowohl an Kenntnissen kritischer kriminologischer Debatten als auch an politischem Mut. Stattdessen wird einer von Angst getriebenen Bevölkerung ein Law-and-Order-Diskurs serviert. So wird die Brutalität gegen Schwarze und arme Menschen naturalisiert, Widerstände und Debatten werden erstickt. Das Drogengesetz der ersten Lula-Regierung aus dem Jahr 2006 führte zu einem Anstieg der Inhaftierungen um 40 Prozent. Bei inhaftierten Frauen waren es sogar 400 Prozent. Damals gab es eine heftige Debatte über den Gesetzesvorschlag. Letztlich setzten sich diejenigen Kräfte durch, die den Krieg gegen die Drogen mit Stichworten wie „Kampf gegen den Drogenhandel“ bzw. „das organisierte Verbrechen“ etwas zeitgemäßer machen wollten.



„Die Favela will leben“: Protest gegen Polizeigewalt im Complexo do Alemão, der größten Favela von Rio de Janeiro.

Wir stehen vor einem kolossalen Paradoxon hinsichtlich unserer „demokratischen“ Gegenwart. 5.000 Morde durch Polizeibeamte pro Jahr (2022 waren es mehr als 6.000 Fälle) und intensive soziale Konflikte: Angesichts solcher Zahlen muss die Gewissheit über Brasiliens Re-Demokratisierung nach der Diktatur infrage gestellt werden. Ende der 1980er-Jahre, im Zuge des Verfassungsprozesses, haben die

„Die Kritik am Strafrecht ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der Kritik des zeitgenössischen Kapitalismus.“

linken Kräfte in Brasilien die Themen Justiz und Kriminalisierung für sich entdeckt. Die öffentliche Sicherheit hat sich dann zum zentralen Thema in Lateinamerika entwickelt. Das Verbrechen steht heute im Mittelpunkt der Debatte. Und wir sind dazu übergegangen, Polizeigewalt zu naturalisieren und ihr Beifall zu spenden, anstatt sie zu bekämpfen – alles für den vermeintlichen Kampf gegen den „Drogenhandel“. Verkörpert wird dieser durch die Figur des jungen schwarzen Favela-Bewohners. Das meine ich, wenn ich vom subjektiven Festhalten an der Barbarei spreche. Der Krieg gegen die Drogen hat eine viel tiefere Bedeutung, die von den progressiven Kräften in der Region zu wenig verstanden wird. Die Folge: Der Diskurs von Rechten und Linken über den „Kampf gegen den Drogenhandel“ unterscheidet sich nicht wesentlich.

Brasilien ist ein Land mit autoritären Traditionen und sehr kurzen demokratischen Intervallen. Die Spuren der Sklaverei und des Völkermords an den Ureinwohner:innen sind auch im

Krieg gegen die Drogen sichtbar: Die meisten Verhafteten und durch Polizeikugeln Getötete sind Schwarze oder Indigene. Die Strafrechtspolitik hat ein Blutbad verursacht. Mehr noch: Sie aktualisiert Ängste, die vor diesen Bevölkerungsgruppen im Laufe der Jahrhunderte erzeugt wurden. Und durch eine selektive Justiz legitimiert sie die Grausamkeiten, die ihnen angetan werden. Diese Strafrechtspolitik ist der Grund für die hohen Inhaftierungsraten. Saßen im Jahr 1994, zu Beginn des Neoliberalismus, etwa 100.000 Brasilianer:innen hinter Gitter, sind es heute eine Million, 40 Prozent wegen Drogendelikten.

### Brasiliens lange Gefängnis-Geschichte

Die Geschichte der brasilianischen Gefängnisse beginnt im 19. Jahrhundert mit den Calabouços, in denen 80 Prozent der Insassen versklavt waren. Das 1850 in Betrieb genommene Casa de Correção (Haus der Korrektur) war ein Gefängnis für Afrikaner:innen und Menschen afrikanischer Abstammung. Auch die Polizei spielte in diesem Strafvollzug eine zentrale Rolle. Sie konzentrierte sich darauf, versklavte Menschen gefangen zu nehmen und ihre politischen und kulturellen Äußerungen zu unterdrücken. Die Gefängnisse wurden gegen die „Gefahr“ errichtet, die die Mehrheit der versklavten Bevölkerung für die weißen Eigentümer:innen darstellte. Das sind die historischen Kontinuitäten rassistischer Gefängnispolitik und Polizeiarbeit. Michelle Alexanders Buch „The New Jim Crow“ zeigt, wie der Krieg gegen Drogen die Segregationspolitik in den Vereinigten Staaten ablöste. Die Gefängnisse in den USA tragen die Spuren der Sklaverei in sich. Auch in den brasilianischen Gefängnissen sitzen Schwarze und Arme, in den Amazonas-Bundesstaaten viele indigene Menschen.

Die tödliche Polizeigewalt und die Masseneinkerkung bringt unsere angeschlagene Demokratie ins Wanken. In Brasilien werden heute mehr Menschen verhaftet, gefoltert und getötet als während der zivil-militärischen Diktatur von 1964 bis 1985. Und es ist nicht leicht, diese Sackgasse zu überwinden. Seit den 1980er-Jahren hat das subjektive Festhalten an dieser Barbarei zu Ordnungsforderungen geführt, mit der Folge einer beispiellosen Ausweitung der Polizeikräfte und der Gefängnisse. Beifallsbekundungen für polizeiliche Hinrichtungen und Brutalität im Umgang mit der armen Bevölkerung haben ein Umfeld geschaffen, das Michel Foucault als Polizeistaat bezeichnete. Während ich diese Zeilen schreibe, werden gerade zwei Kinder beerdigt, die bei einem Polizeieinsatz in der Favela do Dendê in Rio de Janeiro erschossen wurden. Die Armee von Ordnungshütern, die für den Kampf ausgebildet werden, ist die politische Basis des Bolsonarismus. Für mich ist klar: Bolsonaro ist eine Folge dieses Prozesses und nicht seine Ursache. Auch in Argentinien erleben wir derzeit den Aufstieg der extremen Rechten, die sich auf die Angst vor Kriminalität und einen moralischen Diskurs stützt.

Ich verorte dieses Paradoxon der brasilianischen Demokratie im Herzen der Re-Demokratisierung. In dieser Zeit entwickelte sich in populären Bewegungen ein starkes Vertrauen in die Justizorgane, die historisch gesehen den städtischen Eliten und Latifundien-Besitzer:innen verpflichtet waren. In einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung vergleicht Cristina Zackeski die Sicherheitspolitik von Mexiko-Stadt mit der der brasilianischen Hauptstadt Brasília. Obwohl es sich um völlig unterschiedliche Realitäten handelt, fällt auf: Seit den 1990er-Jahren ist es in beiden Städten zu einem umfassenden und intensiven Ausbau der Polizei gekommen. Demokratische Regierungen investieren aus einer reformistischen Per-

spektive heraus in mehr Polizei. Die brutale Tradition dieser Kräfte spiegelt sich heute in neuen Formaten wider, hauptsächlich in der Re-Militarisierung der Sicherheitskräfte. Wir, die populären Kräfte Lateinamerikas, müssen uns den Herausforderungen stellen, die sich aus der Konfrontation mit dieser Sackgasse und der Zersplitterung der Demokratie ergeben. Die Kritik am Strafrecht ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der Kritik des zeitgenössischen Kapitalismus.

*Übersetzung aus dem Portugiesischen:  
Niklas Franzen*



Vera Malaguti Batista ist Soziologin und als kritische Kriminologin Lehrbeauftragte an der Juristischen Fakultät der Staatlichen Universität von Rio de Janeiro/Brasilien. Sie war auch Rednerin bei mehreren Konferenzen von medico.

**medicos Partnerorganisationen in Brasilien streiten seit Jahrzehnten für Demokratie und soziale Rechte. Die städtische Bewegung MTST organisiert seit einigen Jahren Solidaritätsküchen in Armenvierteln und Favelas. Wer sie dort besucht, erfährt schnell und viel über die Omnipräsenz von Polizeigewalt und Gefängnis.**

**Spendenstichwort: Brasilien**

# Nordöstlich von Moskau

Der russische Dissident Boris Kagarlitzki ist inhaftiert, wieder einmal

Am 25. Juli 2023 stellte der russische Inlandsgeheimdienst FSB Strafanzeige gegen den marxistischen Soziologen Boris Kagarlitzki, den vielleicht bekanntesten linken Dissidenten des Landes. Dazu berief er sich auf ein Gesetz, das Äußerungen und Handlungen unter Strafe stellt, denen der Staat „Rechtfertigung des Terrorismus“ vorwirft. Kagarlitzki wurde umgehend verhaftet, in einer Provinzstadt in der Republik Komi tausend Kilometer von Moskau entfernt vor Gericht gestellt und in nichtöffentlicher Verhandlung ohne Anwalt verurteilt. Ihm drohen sieben Jahre Gefängnis.

Kagarlitzki habe den Terrorismus gerechtfertigt, so der Geheimdienst, indem er auf seinem YouTube-Kanal Rabkor den Angriff auf die Ukraine fortlaufend kritisiert habe. Das hat er tatsächlich getan, gleich nach Kriegsbeginn. Der Kanal wurde zu einer wichtigen Plattform der linken Opposition Russlands. Veröffentlichten konnte er nur, indem er sich auf behördliche Anweisung per Untertitel als „ausländischen Agenten“ bezeichnete: eine ebenso lächerliche wie gefährliche Maßnahme. Der Geheimdienst verschweigt, dass Kagarlitzki nicht nur Kritiker der russischen Regierung, sondern auch Kritiker der NATO und des ukrainischen Nationalismus war und ist.

medico kennt Kagarlitzki schon lange. Im Anschluss an die Proteste 2007 in Heiligendamm

gegen den G8-Gipfel – gegen die USA, gegen die EU und gegen Russland – lud er den medico-Mitarbeiter Thomas Rudhof-Seibert nach Moskau ein, damit er russischen Linken von Heiligendamm und den globalen Protesten gegen die G8 berichten konnte. 2014, zu Beginn des Konflikts um die Ukraine, schied Russland aus dem Staatenbund aus. Kagarlitzki blieb ein Kritiker aller Seiten.

Wie viele andere hatte er nicht immer Recht – glaubte zum Beispiel nicht an eine militärische Eskalation des Konflikts. Seine Ablehnung des russischen Angriffs war und ist trotzdem unmissverständlich. In einem nach Kriegsbeginn mit dem Jacobin-Magazin geführten Interview bezeichnete Kagarlitzki die tiefe Krise, in die sich Russland mit seinem Angriffskrieg gebracht hat, als ein „Gelegenheitsfenster für die Linke und für alle, die gesellschaftliche Veränderung anstreben.“ Seine Hoffnung galt dem Umstand, dass die Menschen in Russland jetzt „lernen müssen, wie man kommuniziert, wie man sich organisiert und wie man seine kollektiven Interessen erkennt. Das ist unsere Chance.“

In einem Brief aus dem Gefängnis, den wir hier veröffentlichen, zeigt sich Kagarlitzki ungebrochen. Und verweist ausdrücklich darauf, dass die Forderung nach Freilassung für alle politischen Gefangenen gelten muss.

**Brief aus  
dem Gefängnis**

Von Boris  
Kagarlitzki

*Unter Breschnew wurde ich eingesperrt, unter Jelzin geschlagen und mit dem Tod bedroht. Jetzt, unter Putin, hat man mich zum zweiten Mal verhaftet. Die Machthaber wechseln, doch die Tradition, politische Gegner hinter Gitter zu bringen, bleibt bestehen. Leider. Unverändert bleibt aber auch die Bereitschaft vieler Menschen, für ihre Überzeugungen, für die Freiheit und die sozialen Rechte Opfer zu bringen. Ich nehme die jetzige Verhaftung als Anerkennung der politischen Bedeutung meiner Äußerungen. Natürlich hätte ich es vorgezogen, in einer etwas anderen Form anerkannt zu werden, aber alles zu seiner Zeit. In den über 40 Jahren seit meiner ersten Verhaftung habe ich gelernt, geduldig zu sein und zu erkennen, wie wankelmütig das politische Schicksal in Russland ist.*

*Das Wetter ist nicht schlecht. Auch ist im Gefängnis nicht alles schlecht organisiert. Es geht mir also gut. Leider darf ich die Bücher noch nicht benutzen, die ich mitgebracht habe. Sie werden auf Extremismus geprüft. Ich hoffe, dass die Zensoren bei der Durchsicht ihren Horizont erweitern werden. Das eine Buch handelt von der Situation der modernen Universitäten und wurde von Sergei Zuev geschrieben, dem ehemaligen Rektor der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Auch er wurde inhaftiert. Es ist mir erlaubt, Briefe zu erhalten. Ich erhalte sehr viele. Und es ist möglich, sie zu beantworten. In diesem Sinne ist das Eingesperrtsein jetzt einfacher als unter Breschnew. Auch das Essen ist viel besser. Es gibt einen Verkaufsstand, an dem man per Kontoüberweisung bezahlen kann. Die Liste der Artikel in dieser Bude ist nicht schlechter als in vielen Läden außerhalb des Knasts. Die Preise allerdings sind höher. Im Gefängniscafé kann man sogar ein Mittagessen bestellen, die Speisekarte ist ziemlich gut! Allerdings gibt es keine Mikrowelle, um das Essen aufzuwärmen.*

*Man kann also leben, alles in allem. Die Frage ist nur, wie lange man das aushält. Aber das ist nicht nur mein Problem. Millionen von Menschen im ganzen Land denken das Gleiche. Wir teilen das gleiche Schicksal, egal, wo wir sind oder unter welchen Bedingungen wir leben. Es ist allerdings schwer, zu verstehen, was wirklich vor sich geht, wenn man dazu nur den Fernseher in der Zelle hat. Die wirklich wichtigen Nachrichten aber kommen an. Ich erinnere mich, wie wir 1982 im Lefortovo-Gefängnis jeden Tag mit Interesse darauf warteten, dass die Prawda-Zeitung in einem Trauerrahmen durch den Schlitz der Zelle geschoben wurde. Die Erfahrungen der letzten Jahre stimmen nicht gerade optimistisch. Im Ganzen aber ist die historische Erfahrung reicher und gibt Anlass zu positiven Erwartungen. Erinnern Sie sich, was Shakespeare in Macbeth schrieb? „Die Nacht ist lang, die nie den Tag findet.“*

*PS: Vielen Dank an alle, die sich mit mir solidarisch erklärt haben, die meine Freilassung fordern, die Briefe ins Gefängnis schreiben. Natürlich ist es notwendig, die Freilassung aller Gefangenen zu fordern.*

# Zeitenwende im Sahel

Der Westen stellt sich gegen den Putsch im Niger. Die dortige Bevölkerung begrüßt ihn als antikolonialen Akt. Olaf Bernau erklärt, warum



Olaf Bernau ist Autor und aktiv im zivilgesellschaftlichen Netzwerk Afrique-Europe-Interact, mit dem medico seit vielen Jahren kooperiert. 2022 erschien sein Buch „Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte“. Im Niger war er zuletzt im Frühjahr 2023.

**Bis zum 26. Juli galt Niger als letzter stabiler Verbündeter des Westens im Sahel. Dann wurde Präsident Mohamed Bazoum vom Militär abgesetzt, General Abdourahamane Tchiani, der Anführer der Präsidentengarde, erklärte sich zum Staatschef. Warst du überrascht?**

Überhaupt nicht. In der Sahelregion gibt es schon seit einiger Zeit eine starke Bewegung für Veränderung. Ich war zuletzt im Februar im Niger. Alle, mit denen ich gesprochen habe, haben sehr klar gesagt, dass sie mit der Regie-

rung und dem Präsidenten überhaupt nicht einverstanden sind, und auch mit den ausländischen Militärmissionen nicht. Dass Bazoum so eng mit dem Westen, insbesondere der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, kooperierte, ohne dass die Bevölkerung ökonomisch davon profitierte, und dass er die massive Kritik aus der Bevölkerung an ausländischen Militärmissionen ignorierte, wurde ihm sehr verübelt. Obwohl Generäle geputscht haben, die zuvor auf der Gegenseite und überhaupt nicht für einen progressiven Aufbruch standen, unterstützten viele Menschen den Putsch. Man möchte sich nicht mehr vom Westen bevormunden lassen. Insofern würde ich sagen: Wer überrascht war, hat vorher nicht zugehört.

**Demokratiedefizite gibt es ja nicht erst seit dem Putsch. Wie ist es einzuordnen, wenn nun seitens des Westens eine „Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung“ gefordert wird?**

Der im Westen viel gelobte, erste demokratische Übergang seit der Unabhängigkeit von Issoufou zu Bazoum war alles andere als demokratisch. De facto hatte sich im Niger ein autokratisches, hochgradig korruptes und repressives Regime etabliert. Bei der Wahl Bazoums gab es Manipulationen und Fälschungen, die aber außerhalb Nigers kaum jemanden

interessierten. Als Innenminister war Bazoum maßgeblich für die Unterdrückung der Opposition verantwortlich gewesen. Davon waren auch medico-Partner wie der mehrfach willkürlich inhaftierte Menschenrechtsaktivist Moussa Tchangari betroffen. In Europa wollte man das nicht sehen, was viel damit zu tun hat, dass Niger als verlässlicher Partner in der Region so dringend gebraucht wurde.

### **Auf Bildern aus Niger sieht man jetzt oft Russlandfahnen. Wächst mit der Ablehnung westlichen Einflusses die Orientierung an Russland?**

Es gibt bei einzelnen Gruppen eine prorussische Orientierung, wie in Mali. Aber grundsätzlich verstehe ich die Zustimmung zu dem Putsch und die scheinbare Hinwendung zu Russland vor allem als Ausdruck des dringenden Wunsches nach einem Neuanfang und nicht als ideologische Orientierung an Russland. Russland ist eher symbolisch wichtig: Putin bietet dem Westen die Stirn, und der Feind meines Feindes ist mein Freund. Was man aber nicht unterschätzen darf, ist die unterschiedliche militärische Unterstützung. Auch das war in Mali ähnlich. Die Leute sagen: „Frankreich hat uns militärisch bewusst klein gehalten, den Anti-Terror-Kampf in die eigenen Hände genommen und die malische Armee in den Stand einer untergeordneten Hilfstruppe versetzt.“ Das wurde immer als nationale Demütigung und Fremdsteuerung empfunden. Mit Russland ist das anders: Russland liefert richtig viele Waffen, vielleicht auch ein paar Söldner, die aber im Grunde nur tun, womit man sie beauftragt. Darin wird ein Moment der nationalen Selbstbestimmung gesehen.

### **Kann es mit einer Militärregierung denn Selbstbestimmung geben?**

Neben dem emanzipatorischen Diskurs, bei dem es vor allem darum geht, sich von Frankreich freizuschwimmen, gibt es auch einen eher regressiven. Der kamerunische Philosoph und

Historiker Achille Mbembe nennt das Souveränismus. Ein nationalistischer Souveränismus bleibt einem starken Freund-Feind-Schema verhaftet, sowohl nach außen („Frankreich ist an allem schuld“) als auch nach innen, was die Schließung des Meinungskorridors bedeuten kann. Wir haben es also mit einem ambivalenten Prozess zu tun, der zwischen Emanzipation und Nationalismus hin- und herpendelt.

### **Niger gilt als eines der ärmsten Länder der Welt. Was würde eine Abkehr vom Westen ökonomisch bedeuten?**

Der Westen ist wichtig auf der Ebene der Entwicklungszusammenarbeit, aber das war es dann auch schon. Ökonomisch ist die Zusammenarbeit mit China, die in den letzten Jahren ausgebaut wurde, viel wichtiger und verheißungsvoller. China hat nicht diesen europäischen Tunnelblick. Europa geht es vor allem um einen extraaktivistischen Zugang zu Rohstoffen. Dafür steht insbesondere das Uran, das Frankreich aus Niger bezieht, ohne dass der Abbau und Export positive Effekte für die Bevölkerung hätte. Die Uran-Industrie gibt wenigen Tausend Menschen Arbeit, hat aber katastrophale Konsequenzen für das Grundwasser und ist insofern für Viehhirten und Bauern im Umfeld der Minen ein großes Problem. Ökonomisch wichtiger sind inzwischen eigentlich Gold und Erdöl, und da setzt China viel stärker als Europa auf die Weiterverarbeitung im Land. Außerdem kümmert sich China um den Ausbau der Infrastruktur – Straßen, Elektrizität, Wasser –, sodass vor Ort Wertschöpfung stattfindet und im Gefolge davon auch gewisse Industrialisierungsprozesse und die Aneignung von Know-how. China macht ökonomisch also die deutlich interessanteren Angebote.

**Der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gehören 15 Länder an, vier davon sind inzwischen von Putschisten regiert. Unter dem Vorsitz Nigerias hat die ECOWAS**

**Sanktionen gegen Niger verhängt und droht sogar, militärisch zu intervenieren, sollte Präsident Bazoum nicht wieder eingesetzt werden. Was bedeutet das für die Region?**

Nicht alle stehen hinter den Sanktionen und Drohungen, denn von diesen sind auch die Nachbarländer betroffen, hinsichtlich Niger aktuell vor allem Nigeria. Die beiden Länder haben eine 1.600 Kilometer lange Grenze und eine gemeinsame Geschichte. Es gibt vielfältige familiäre Verbindungen. Da sagen viele: „Uns soll hier eine Art Geschwisterkrieg aufgezwungen werden. Das akzeptieren wir nicht.“ Insofern gibt es im ECOWAS-Raum nicht nur eine Spaltung auf Regierungsebene, sondern auch einen starken Antagonismus zwischen Bevölkerungen und Regierungen. Im Grunde ist die ECOWAS – die ähnlich wie die EU einmal eine historische Errungenschaft war – längst zu einem Projekt der ökonomischen und politischen Elite geworden. Rückhalt in der Bevölkerung hat sie nicht mehr. Dass die ECOWAS nun so massiv gegenüber Niger auftritt, hat auch damit zu tun, dass manche Präsidenten, deren demokratische Legitimität ebenso fragwürdig ist wie die von Bazoum, Angst haben, selbst entmachtet zu werden.

**Was hältst du von der Bezeichnung der Länder Guinea, Burkina Faso, Mali, Niger, Tschad und Sudan als „Putsch-Gürtel“?**

Ich halte das für ein westliches oder westlich orientiertes Narrativ und würde es viel stärker mit Achille Mbembe sagen: Mit den Putschen wird das Unabhängigwerden dieser Länder vollendet. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind Unabhängigkeitsbewegungen entstanden, die um das Jahr 1960 herum zur formellen Unabhängigkeit der Länder geführt haben. Viele koloniale Abhängigkeiten blieben jedoch bestehen. Das Besondere an den Putschen der letzten Jahre ist, dass sie in einem engen Zusammenhang mit demokratischen Aufbruchsbewegungen stehen. Im Sudan ist der Putsch

zum Beispiel eine unterdrückerische Reaktion auf eine demokratische Aufbruchsbewegung. In den Sahel-Ländern unterstützt die Bevölkerung die Putsche, weil sie sich davon einen Neuanfang und Selbstbestimmung erhofft. Es handelt sich also eher um einen Demokratisierungs-Gürtel, aber der demokratische Aufbruch ist hochgradig widersprüchlich und umkämpft.

„Die Bevölkerung unterstützt den Putsch, weil sie sich davon einen Neuanfang und Selbstbestimmung erhofft.“

**Die Militärs im Niger haben den Putsch auch damit legitimiert, dass die Regierung nicht für Sicherheit im Land Sorge und den dschihadistischen Terror nicht in den Griff bekomme. Was wollen die Putschisten anders machen?**

Das ist noch ein Rätsel. Gerade im Niger war man in den letzten 12 bis 18 Monaten recht erfolgreich im Kampf gegen die Dschihadisten. Die Behauptung der Putschisten, dass sie interveniert hätten, weil sich die Sicherheitslage ständig verschlechtert, ist nicht evident. Im Gegenteil: Die Zahl der schweren Anschläge mit vielen Toten und Verletzten ist massiv zurückgegangen. Der gestürzte Präsident Bazoum hat sich darum bemüht, lokale Friedensverträge zu machen, und dadurch die Verankerung der Dschihadisten in der lokalen Bevölkerung geschwächt. Was die Putschisten substantiell anders machen können, ist also nicht klar. Wenn sie allerdings tatsächlich das Bündnis mit westlichen Armeen aufkündigen, wären sie zwangsläufig auf die Unterstützung durch Dritte angewiesen, und da kommt dann im Zweifelsfall wieder die Wagner-Gruppe aus Russland ins Spiel, die sicher weniger auf Verhandlungen setzen wird.



**Die Sanktionen der ECOWAS haben fatale Auswirkungen auf die Bevölkerung. Was sagst du dazu, dass Europa die Entwicklungszusammenarbeit vorläufig eingestellt hat?**

Die nigrische Bevölkerung, die sich schon seit Jahren auf den letzten Plätzen des Human Development Index befinden, hat keinerlei Reserven, um solche ökonomischen Schocks aufzufangen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine ökonomische Bestrafung, sondern um einen direkten Angriff auf die Ernährungssicherheit, auf die Gesundheitsversorgung, auf die Bildung, also im Grunde auf das Leben der Menschen. Auch wenn der Putsch zu verurteilen ist, kann die Antwort nicht sein, dass die Bevölkerung dafür bestraft wird. Außerdem werden Deutschland und die EU am Ende das Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen. Die Menschen werden sich infolge der Sanktionen noch mehr hinter der Putsch-Regierung versammeln. Außen- wie innenpolitisch tragen Sanktionen daher zur Eskalation und zur Stärkung autoritärer Strukturen bei.

**Wir haben immer wieder kritisiert, dass Europa die Entwicklungszusammenarbeit an die Bedingung knüpft, dass Niger bei der Migrationskontrolle kooperiert. Wird die Ablehnung des Westens durch die Putschisten zu einer anderen Migrationspolitik führen?**

Das ist eine spannende Frage. Die Putschisten sind nie dadurch aufgefallen, dass sie die restriktive Migrationspolitik der EU kritisieren. Bis zum Putsch haben sie sie vielmehr mitgetragen und umgesetzt. Wenn sie jetzt umschwenken, ist das vor allem ein Hinweis auf ihren Opportunismus. Sie wissen natürlich, dass die restriktive Migrationspolitik extrem unpopulär ist. Aber egal, ob aus opportunistischen oder aus anderen Gründen: Ein Ende der restriktiven Migrationspolitik wäre für die Migrant:innen und die Region Agadez sehr positiv. Die Fluchtrouten sind in den letzten Jahren länger und gefährlicher geworden und

die Bevölkerung im Niger wurde für etwas kriminalisiert, was eigentlich einer alten Tradition in der Sahelregion entspricht, nämlich für den Transport, die Unterbringung und die Verpflegung von Reisenden. Die restriktive Migrationspolitik wurde daher von vielen Menschen als ein Angriff auf die kulturelle und soziale Identität ihrer Stadt und Region empfunden. Die Bevölkerung von Agadez etwa hat sich seit 2015 verdoppelt, manche sagen sogar verdreifacht, weil so viele Menschen dort blockiert sind und es gleichzeitig viele Abschiebungen aus Algerien und Libyen gibt. Ein Abrücken von der Kooperation mit Europa in der Migrationspolitik wäre daher absolut begrüßenswert.

**Was sollte jetzt geschehen?**

Ein Putsch ist immer eine Niederlage von Politik und Zivilgesellschaft. Aber Sanktionen oder gar Gewaltandrohung werden das Problem nicht lösen. Eilig durchgesetzte Wahlen würden dazu führen, dass die Elite wieder in die Ämter kommt, die ja maßgeblich mitverantwortlich ist für die schwierige Situation im Niger und dafür, dass der Staat in den letzten Jahren an Legitimität und Zustimmung verloren hat. Es bedarf vielmehr einer echten Transition – so schnell wie möglich, aber auch so ernsthaft wie möglich.

*Das Interview führte Ramona Lenz.*

**medico unterstützt im Niger die Journalist:innen und Menschenrechtler:innen von Alternative Espaces Citoyens, die sich für Ernährungssicherheit und Freizügigkeit einsetzen, sowie das Alarmphone Sahara, das Menschenrechtsverletzungen an Migrant:innen dokumentiert und Hilfe organisiert.**

**Spendenstichwort: Niger**

# medico aktiv

## Demokratiefragen

Der Utopische Raum im Historischen Museum Frankfurt

Der „Utopische Raum im globalen Frankfurt“ startet im Oktober in die fünfte Runde, diesmal unter dem Thema „Demokratie und Menschenrechte“. Gleich zwei Mal wird die von der Stiftung medico international gemeinsam mit dem Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau organisierte Veranstaltungsreihe in dieser Runde im Historischen Museum Frankfurt stattfinden. Am 11. Oktober nehmen die Podiumsgäste Carolin Amlinger, Donatella Di Cesare und Günter Frankenberg unter dem Titel „Umkämpfte Demokratie“ demokratiefeindliche Strömungen in den Blick und fragen nach den Möglichkeiten gelebter demokratischer Praxis und den Bedingungen einer wehrhaften Demokratie. Am 17. Januar 2024 diskutieren dann Barbara Unmüßig und andere über „Die Rechte der Natur“ und Gegenentwürfen zu einem Verständnis von Natur als auszubeutendem Objekt. Eintritt für die Veranstaltungen im Museum: 4,-/2,- Euro. Eine Anmeldung wird empfohlen, per Mail über [besucherservice@historisches-museum-frankfurt.de](mailto:besucherservice@historisches-museum-frankfurt.de) oder telefonisch unter (069) 212 35-154. Es wird keine Online-Übertragung geben.



Foto: Kostas Maros

Carolin Amlinger, eine der Referent:innen am 11. Oktober

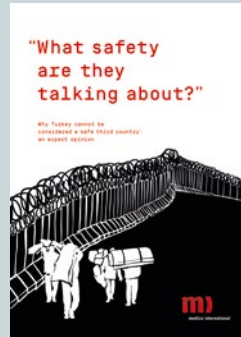
[www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum](http://www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum)

## Nicht sicher

Gutachten widerlegt die Mär vom „sicheren Drittstaat“ Türkei

Die Ausweitung des Konzepts „sicherer Drittstaaten“ ist eines der zentralen Standbeine der hochumstrittenen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ist ein Herkunfts- oder Transitland als „sicher“ eingestuft, können die Anträge all jener, die aus diesem Land kommen oder es durchquert haben, allein deshalb abgewiesen werden. Pauschal schlägt individuell. Neu ist das Konzept nicht. Die Türkei gilt schon seit März 2016 als „sicherer Drittstaat“. Die Folgen zeigt nun ein im Auftrag von medico erstelltes Gutachten erstmals umfassend auf. Die Juristin Annina Mullis und ihr Team machen darin deutlich, dass es für Geflüchtete in der Türkei alles andere als sicher ist. Ihnen wird es dort extrem schwer gemacht, überhaupt einen Flüchtlingsstatus zu beantragen. Mit einem vorläufigen Aufenthaltsstatus geht weit weniger Schutz einher, als es die Genfer Flüchtlingskonvention vorsieht. Die Studie belegt auch die zermürenden Lebensbedingungen von Schutzsuchenden, von fehlender Unterbringung über mangelnden Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung bis zu ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen – sowie eine massive Zunahme rassistischer Gewalt. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass „die Bezeichnung ‚sicherer Drittstaat‘ eine politische und keine rechtliche“ ist. Und eben diese Politik soll mit dem GEAS ausgeweitet werden.

Das Gutachten kann unter [www.medico.de/tuerkei-gutachten](http://www.medico.de/tuerkei-gutachten) heruntergeladen werden.



Das von medico in Auftrag gegebene Türkei-Gutachten

## Rechte jenseits von Sicherheitspolitik

Konferenz zu Globaler Gesundheit

Covid-19, Klimakrise, geopolitische Machtverschiebungen: Mit den globalen Verwerfungen verändern sich auch die Koordinaten globaler Gesundheitspolitik. Auf der Global Health Conference Mitte September in Berlin von medico und der deutschen Sektion der IPPNW [International Physicians for the Prevention of Nuclear War] haben zahlreiche internationale Wissenschaftler:innen, Gesundheitsarbeiter:innen und Aktivist:innen diskutiert, welche Auswirkungen die multiplen Krisen auf die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit haben. Was bedeutet es, wenn die EU Gesundheit vor allem als strategisches Instrument zur Verwirklichung ihres Führungsanspruches sieht? Welche Folgen haben das wachsende sicherheitspolitische Verständnis von Gesundheit und die Zunahme autoritärer Politik? Und was kann der zunehmenden Kommodifizierung von Gesundheit insbesondere in Ländern des Globalen Südens entgegengesetzt werden? Die Global Health Conference hat gezeigt, dass es viele gute Beispiele gibt. Klar wurde allerdings auch, dass es noch weit mehr solidarische Alternativen und echte „Ownership“ in der gesundheitlichen Versorgung und der Entwicklung von Medikamenten braucht.

# Spenden & Stiftungen

Umzug oder Bankänderung? Teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung mit. So bleiben wir in Kontakt!

[www.medico.de/spendenservice](http://www.medico.de/spendenservice)



**Spenden:** Mit einer Spende unter dem Stichwort „medico international“ ist es uns möglich zu entscheiden, wo die Unterstützung am nötigsten gebraucht wird. Oft dort, wo es keine mediale Berichterstattung gibt oder in akuten Notsituationen. Sie können Ihre Spende mit einem Stichwort versehen, dann wird die Spende ausschließlich in der Region oder themenbezogen eingesetzt.

**Spenden und Schenken:** Verschenken Sie zu unterschiedlichen Anlässen – wie Geburtstag oder Jubiläum – eine Spende. Sie können sich auch eine Spende wünschen. Wir stellen Geschenkkarten und Infomaterial zur Verfügung.

**Spendenaktion:** Sie wollen bei einem Fest, Konzert oder Veranstaltung eine Spendensammlung organisieren? Es gibt die Möglichkeit, dies online aufzusetzen: [www.medico.de/spendenaktion](http://www.medico.de/spendenaktion) – gerne schicken wir Ihnen auch Spendendosen und Material zu und unterstützen bei der Organisation.

Spendenkonto medico international IBAN DE69 4306 0967 1018 8350 02 BIC GENODEM1GLS



In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. medico und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unterstützen.



Über alle Spendenmöglichkeiten können Sie sich auch auf unserer Homepage informieren.

[www.medico.de/spenden](http://www.medico.de/spenden)

**Spendenquittungen:** Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatisch eine Spendenquittung, bei regelmäßigen Spenden bekommen Sie eine Jahresspendenquittung. medico international ist ein gemeinnütziger Verein und Ihre Spende somit steuerlich absetzbar.

**Fördermitgliedschaft:** Mit einer Fördermitgliedschaft unterstützen Sie regelmäßig und langfristig. Das ermöglicht uns in Krisensituationen schnell zu handeln und Partnerorganisationen in Regionen – jenseits der großen Aufmerksamkeit – zu unterstützen. Der jährliche Beitrag liegt bei 120€ (10€ im Monat). Für Menschen mit wenig Geld bei 60€. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden.

**Zustiftungen:** Die Stiftung medico international fördert aus Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen – es gibt verschiedene Formen, das Geld solidarisch einzusetzen.

**VIELEN DANK FÜR DIE SOLIDARISCHE UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT!**

## WIR HELFEN GERNE WEITER

**Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke**

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

**Anita Starosta**

Spendenaktionen und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, [starosta@medico.de](mailto:starosta@medico.de)

**Dr. Anke Böttcher**

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-42,

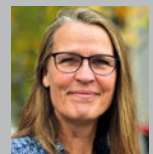
[spendenverwaltung@medico.de](mailto:spendenverwaltung@medico.de)

## STIFTUNG/ TESTAMENTSSPENDEN

**Gudrun Kortas**

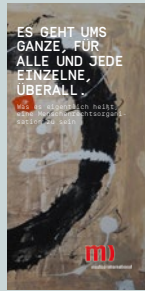
Tel.: [069] 944 38-28,

[kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)





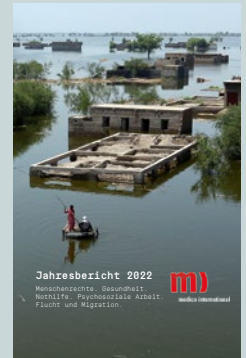
1



2 NEU



3 NEU



4



5



6



7



8

# Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Bestellen Sie unser medico-rundschreiben und alle anderen Materialien zum Weiterinformieren oder auch zum Auslegen – gerne auch in größerer Stückzahl! Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen, vielen Dank!

**1 Europas Ende** – Der Infolyer stellt medico-Kooperationen in der Sahelregion und am Mittelmeer und solidarische Flucht- und Migrationsarbeit vor.

**2 Es geht ums Ganze, für alle und jede Einzelne, überall.** – [40 S.] Broschüre mit einem Text von Thomas Rudhof-Seibert darüber, was es eigentlich heißt, eine Menschenrechtsorganisation zu sein.

**3 Warum Hilfe\*** – Der neue Infolyer zum Auffalten erläutert kurz und knapp Ansätze, Arbeit und Schwerpunkte von medico. Auch zum Weiterverteilen.

**4 medico-Jahresbericht 2022** - [44 S.] Schwerpunkte der medico-Arbeit, Kooperationen, Debatten, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Jahresrückblick mit Finanzbericht.

**5 Nicht auszuhalten** – [16 S.] Die Kurzbroschüre informiert über die Arbeit von medico und Partnerorganisationen weltweit im Bereich psychosoziale Arbeit.

**6 Globale Gesundheit** – [16 S.] Die Kurzbroschüre stellt die Arbeit von Partnerorganisationen und medicos Engagement im Bereich Globale Gesundheit vor.

**7 Inseln der Vernunft schaffen** – [32 S.] Die Broschüre erläutert ausführlich Ziele und Absichten, das praktische Handeln, die Struktur und Beteiligungsmöglichkeiten der Stiftung medico international.

**8 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft** – [28 S.] Die Broschüre liefert denjenigen, die überlegen, medico testamentarisch zu berücksichtigen, Antworten auf rechtliche und steuerliche Fragen.

Auf unserer Webseite finden Sie weitere Materialien zum Bestellen oder Herunterladen:

[www.medico.de/material](http://www.medico.de/material)



medico international | Lindleystr. 15 | 60314 Frankfurt am Main | Tel.: [069] 944 38-0

**Das medico-rundschreiben endet hier, doch keine Panik!** **Im Netz** können Sie weiterlesen und weiterdenken. Im **medico-Blog** mischen wir uns gemeinsam mit Partner:innen in aktuelle **Debatten** ein. Mit Beiträgen von **Anne Jung, Radwa Khaled-Ibrahim, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Rudhof-Seibert, Kerem Schamberger, Anita Starosta u.v.m.** Unser **E-Mail-Newsletter** hält Sie auf dem Laufenden über **Aktuelles und Kampagnen**, über unseren **Telegram-Kanal** bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy. „**Global Trouble**“ heißt unser **Podcast**, der ebenso den Blick über den Tellerrand unterstützt wie unsere **Social-Media-Kanäle**. Bleiben Sie mit uns in Verbindung!

[www.medico.de/verbinden](http://www.medico.de/verbinden)



„Das Unglück der Menschen darf niemals ein stummer Rest der Politik sein. Ich begründe ein absolutes Recht, sich zu erheben und sich an diejenigen zu wenden, die die Macht innehaben.“

Michel Foucault

Genug gelesen?



[www.medico.de/podcast](http://www.medico.de/podcast)